

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

101 (2.5.1921)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einchl. 50 % Zustellgebühr; für Abholung in der Geschäftsstelle und i. der Ablagen 4 60 M.; durch die Post bezogen 1.80 M. ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr monatl. Einzelempl. 25 %.

Ausgabe: Werktags mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenpl. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einseitige Kolonielzeile 1.— M. Die Restzeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Londoner Beratungen Lloyd Georges Haltung

Paris, 1. Mai. Was berichtet aus London: Die erste Besprechung zwischen Lloyd George und Brian Crampton vormittag dauerte knapp eine halbe Stunde. Die beiden Ministerpräsidenten prüften die Reparationsfrage in ihren großen Zusammenhängen. Lloyd George gab zu erkennen, daß er den Gesamtplan des Vorgehens der Verhandlungsregierungen im Ruhrgebiet infolge des deutschen Verzuges am 1. Mai gutheißt, jedoch einige Einwendungen gegen gewisse Einzelheiten der Durchführung dieses Planes erhob, in erster Linie hinsichtlich einer Abgabe auf die Ruhrkohle. In der Nachmittagssitzung des Obersten Rates wurde die durch die Haltung Deutschlands geschaffene Lage eingehend getrüft, ebenso wie alle möglichen Gegenmaßnahmen. Die verbündeten Sachverständigen werden ab den Aktionsplan in allen Einzelheiten prüfen.

Wie der „Temps“ meldet, wird die Reparationskommission hinsichtlich der am 1. Mai fälligen Restschuld von 12 Milliarden aus Artikel 235 morgen der Kriegskontrollkommission durch Brief in Erinnerung bringen, daß die Summe am 1. Mai fällig gewesen. Zu gleicher Zeit wird die Reparationskommission der alliierten Regierungen die deutschen Verletzungen notifizieren.

London, 1. Mai. Samstag vormittag hatte der aus Berlin angekommene englische Botschafter Lord Balfour im Kolonialministerium eine Unterredung mit der Ministerialkommission, die Lloyd George eingesetzt hatte, um die Reparationsfragen vorzubereiten. Die Kommission besteht aus dem Kriegsminister Borthwick, dem Colonialminister Churchill und dem Minister für Indien Lord Montagu.

London, 1. Mai. „Star“ zufolge werden die Beratungen des Obersten Rates vielleicht bis Mittwoch dauern. In der Sitzung am Samstag fand eine Reihe von Besprechungen statt, in denen der Versuch gemacht wurde, eine wichtige Meinungsverschiedenheit, die zwischen den Alliierten entstanden ist, zu regeln. Die Frage, über die den Vätern zufolge die Alliierten bisher keine Übereinstimmung erzielt hätten, lautet: Soll Deutschland ein Ultimatum übergeben werden oder soll ihm eine neue Gelegenheit gegeben werden, bevor das Ruhrgebiet besetzt wird? England schlägt vor, Berlin eine Note zu senden, in der der deutschen Regierung eine Frist von sieben Tagen gewährt wird, um den Forderungen der Alliierten nachzugeben oder ein annehmbares Angebot zu unterbreiten. Frankreich widerlegt sich diesem Vorschlag und erklärt, Deutschland sei durch Nichtzahlung der 12 Milliarden Goldmark seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen; eine sofortige militärische Aktion müsse dafür eingeleitet werden.

Paris, 1. Mai. Wie dem „Temps“ aus London berichtet wird, erklärt man in gut unterrichteten englischen Kreisen, daß man die Frage eines Ultimatum nicht prüfte. Lloyd Balfour erklärte, daß die letzte Berliner Note die Einsetzung einer Sachverständigenkommission vorschlägt und daß Deutschland sich bereit erklärt, das Urteil einer solchen Kommission entgegenzunehmen. Deutschland scheint auch außer dem Vorschlag der amerikanischen Regierung, die das Reparationsproblem betreffen, erheben zu haben. Das soll nicht besagen, daß man die Festsetzung der Reparationsschuld einer neuen Kommission übertragen wolle, sondern man glaube, dadurch Mittel zu finden, um von Deutschland Angebote zu erlangen, die sich mehr „à la mode“ von Paris nähern. Auf alle Fälle glaube man in englischen Kreisen, daß, wenn die Zwangsmassnahmen in Kraft treten sollten, zwischen der Entscheidung des Obersten Rates und der Ansetzung der Zwangsmassnahmen eine gewisse Zeit verstreichen muß.

London, 1. Mai. Das Reutersche Büro meldet, daß die Sachverständigen der Alliierten mit Bestimmtheit darauf rechnen, zu einem Abkommen zu gelangen, durch das die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Alliierten beigelegt werden.

Ein neuer Vorschlag Deutschlands?

London, 1. Mai. (Telunion.) Amerikanische Journalisten berichten, es lägen Berichte vor, wonach Deutschland bereit sei, die Ziffern des Pariser Abkommens vom Januar in Höhe von 226 Milliarden anzunehmen unter der Bedingung, daß Oberstleuten ungeteilt bei Deutschland verbleibe. Die Franzosen seien nicht geneigt, diesen Vorschlag anzunehmen, aber man glaubt doch, daß mit diesen neuen deutschen Vorschlägen eine Grundlage für ein Kompromiß geschaffen werde. Die Franzosen hätten sich verpflichtet, die polnischen Aspirationen im ober-schlesischen Industriegebiet zu unterstützen, aber in Entente-Kreisen außerhalb der französischen Vertreter äußerte man die Ansicht, man wolle die umstrittenen Gebiete in Ober-schlesien unter ein Sonderregime stellen, das sowohl die deutschen wie die polnischen Rechte und Interessen wahre und gewährleiste. Die Förderung und Erzeugung soll gefördert werden durch einen Wechsel in den Besitzverhältnissen, in der Verwaltung und Betriebsorganisation.

Was sie mit dem Ruhrgebiet vorhaben Schwarz als Gendarm

Paris, 30. April. Wie Bertinax im „Echo de Paris“ aus London berichtet, sind alle Kräfte für die Besetzung des Ruhrgebietes im ersten Monat auf 100 Millionen Franken vorgesehen, in den weiteren Monaten etwa 80 Millionen Franken. Ferner sind als wirtschaftliche Maßnahmen außer der Besteuerung der Zone Kohle mit 20 Goldmark eine Abzugsteuer, Exportsteuer, sowie eine Abzugsteuer auf die Industrie vorgesehen. Dieses System, meint Bertinax, könnte als ein Druckmittel auf ganz Deutschland angesehen werden. Der neue Plan werde so zur Errichtung einer interalliierten Kommission für die Schuld führen, ebenso eine Sowjet-

ersten Ranges darstellen, die der Vertrag von Versailles den Alliierten auf die Gesamtheit der deutschen Einnahmen zugestehen. Bertinax spricht von den 12 Milliarden des Artikels 235, von denen die französische Delegation wünscht, daß sie bereit beglichen werden, daß das gesamte Gold der Reichsbank ausgeliefert werde und daß für 6 bis 7 Milliarden Goldmark die Beteiligung an der deutschen Industrie oder auswärtige Devisen verlangt werden.

Berlin, 30. April. Nach einer Mitteilung der „Germania“ sind für die Besetzung des Ruhrgebietes hauptsächlich farbige Truppen in Aussicht genommen, die sich auf dem Transport von Marseille nach den Rheinlanden befinden. Es handelt sich etwa um 24 000 Mann, die bereits früher im Rheinland gestanden haben und unter denen die Marokkaner und die Algerier das Hauptkontingent stellen, sowie um etwa 20 000, die von Galizien her im Abrüstungsprozess sind und die zum größten Teil aus Senegalern bestehen.

Paris, 30. April. Was erzählt aus London, daß die erneuten Verhandlungen zwischen den alliierten Sachverständigen zu einer grundsätzlichen Einigung über den Plan der Ruhraktion geführt haben. Von militärischem Standpunkt aus machten die Engländer keinerlei Einwendungen gegen den Plan des Marschalls Foch, aber sie drücken gewisse Vorbehalte hinsichtlich der wirtschaftlichen Einzelheiten, besonders hinsichtlich der Beschlagnahme der Kohle und der deutschen Industrie aus. Dagegen willigen sie in die Erhebung einer Abgabe auf die Kohle ein.

Vorläufig beigelegte Regierungskrise

Berlin, 1. Mai. Zu den Nachrichten über eine angebliche Krise im Kabinett erzählt das B.V. von zuständiger Stelle folgendes: Es ist richtig, daß der Minister des Auswärtigen vor einiger Zeit dem Reichspräsidenten sein Abschiedsgesuch vorgelegt hat. Maßgebend für diesen Entschluß des Ministers gleichzeitig bereit erklärt, die Geschäfte des Ressorts seinen Vorgesetzten zu übergeben. Der Reichspräsident hat das Gesuch abgelehnt, da nicht nur das Kabinett, die Beschlüsse seines Reichsministers und die Fortführung der von ihm mit Amerika begonnenen Verhandlungen gebilligt, sondern auch, wie die Reichstagsdebatte gezeigt hat, die Volkserregung mit ihrer großen Mehrheit die Fortsetzung gewünscht hat.

Berlin, 1. Mai. Wie die Telegraphen-Union erzählt, erstreckt sich die Krise innerhalb des Reichskabinetts, die durch das Abschiedsgesuch des Außenministers Dr. Simons heraufbeschworen ist, in erster Linie auf die Reichsminister, die dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei angehören. Neben dem Reichszugler Fehrenbach werden Reichsfinanzminister Dr. Wirth, Justizminister Dr. Speiser und der Reichsstaatsminister von Kaumer genannt. In politisch gut unterrichteten Kreisen wird als Nachfolger Dr. Simons der Graf Dr. Rosen bezeichnet und als Nachfolger des Reichszuglers Fehrenbach eine führende Persönlichkeit innerhalb des preussischen Kabinetts, ferner Abg. Grafenmann und Reichsminister A. D. Schiffer.

Paris, 30. April. (Tel. Union.) Die „Liberte“ beschäftigt sich mit der bevorstehenden Ministerkrise in Deutschland. Das Blatt meint, das Kabinett Fehrenbach-Simons werde einem Kabinett Blag machen müssen, in das Minister wie Hermann Müller, der den Versaillesvertrag mit unterschrieben hat, eintraten würden. Es wäre dies nach dem Urteil des Blattes eine Neuaufgabe des Sturzes von Wilhelm II., d. h. eine Wiederholung des Falles, daß ein Mann geopfere werde, um politische Vorteile dafür einzutauschen. Aber im Falle eines solchen Ereignisses würde der Oberste Rat der Entente seine Verpflichtungen nicht ändern können. Man wird die Maßnahme wegen einer anderen Unterseite, die diesmal durch Hermann Müller gegeben werde, nicht zum Stillstand bringen.

Italienische Entrüstung über die Tiroler Abstimmung

Rom, 1. Mai. Bekannte römische Mütter, wie die „Epoca“ und der katholische „Corriere d'Italia“, der sich neuerdings zu einem scharf antideutschen Organ entwickelt hat, benehmen die Volksabstimmung in Tirol zu heftigen Angriffen gegen Deutschland. Die beiden Zeitungen führen die Volksabstimmung auf reichsdeutsche Einflüsse antideutschen Charakters zurück und verweisen auf die Anrede des Reichspräsidenten an die Südtiroler. Sie erklären sich dahingehend, daß die Tiroler Abstimmung wegen ihrer Wirkung auf Südtirol die deutsch-italienischen Beziehungen gerade in der jetzigen Weltlage ungünstig beeinflussen müsse. Der „Corriere d'Italia“ für seinen Teil hebt in diesem Zusammenhang gegen den Generalgouverneur Grafen von Helldorf wegen dessen angeblich übertriebenem Mißtrau gegen die Südtiroler Deutschen.

Eine Kundgebung des internationalen Gewerkschaftsbundes

London, 1. Mai. Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes erklärte nach Kenntnisnahme der neuen deutschen Reparationsvorschläge, daß sie geeignet sind, den Gegenstand neuer Verhandlungen zwischen den Verbandsregierungen und der deutschen Regierung zu bilden und daß der Weg gebnet ist für eine friedliche Lösung der Reparationsfrage. Der Gewerkschaftsbund gibt dem Gefühl der organisierten Arbeitermassen Ausdruck, indem er die Regierungen der Entente auffordert, nicht zu neuen Sanktionen, in immer unwirksam bleiben werden, die Aussicht zu nehmen, und andererseits die deutsche Regierung aufzufordern, das gegebene Wort zu revidieren, indem sie das äußerste Maß an Bereitwilligkeit zeigt und hinsichtlich der Militärausgaben ihres Landes, die immer noch eine Abdringung der deutschen Republik über durch die rückwirkenden Folgen eine Behauptung des europäischen Friedens darstellen, die gebotenen Maßnahmen ergreife.

Die Erregung im Osten

In der Bevölkerung des deutschen Ostens herrscht eine Erregung, die im Steigen begriffen ist und ihre Wellen bis weit in die Arbeiterbewegung hineinwirft. Sie ist entstanden durch den Glauben, daß in naher Zeit mit einem Ueberfall Polens auf deutsches Gebiet zu rechnen sei, und sie dreht sich um die Frage, ob einem solchen Ueberfall bewaffneter Widerstand entgegenzusetzen werden soll oder nicht.

Der Glaube an den bevorstehenden polnischen Ueberfall ist genährt worden durch Drohungen polnischer Politiker mit einer gewaltsamen Lösung der ober-schlesischen Frage und durch militärische Vorbereitungen Polens an der deutschen Grenze. Das Bestehen solcher Vorbereitungen wird jedoch nicht nur von Polen selbst, sondern von der ganzen Entente bestritten, wie aus einem Schriftwechsel hervorgeht, den der Minister des Auswärtigen Dr. Simons zur Kenntnis des Reichstags gebracht hat. Aus Anlaß eines von der Reparationskommission erteilten Auftrages, 50 Lokomotiven an Polen zu liefern, hat die deutsche Regierung auf ihre Besorgnis aufmerksam gemacht, daß diese Lokomotiven zu militärischen Zwecken gegen Deutschland verwendet werden könnten, und hat dabei auch auf die militärischen Vorbereitungen Polens hingewiesen. Die Pariser Botschafterkonferenz hat das Bestehen solcher Vorbereitungen energisch in Abrede gestellt, ohne damit jedoch auf den Minister Dr. Simons ganz überzeugend gewirkt zu haben. Indessen hat der Minister selbst auf die verschiedenen Verträge mit Polen hingewiesen, die teils abgeschlossen sind teils vor dem Abschluß stehen und die geeignet sind, die längst erwünschte Besserung der Beziehungen zwischen der deutschen und der polnischen Republik herbeizuführen.

Der Gerechtfertigte wegen sei aber noch ein weiteres Moment angeführt, das die Erregung im Osten begründet macht. Auch dort sind Nachrichten nicht unbekannt geblieben, die in den letzten Tagen von Berlin aus verbreitet wurden. Danach hat Frankreich an die Tschecho-Slowakei und an Polen die Frage gerichtet, ob sie sich an einem militärischen Vorgehen gegen Deutschland beteiligen wollten. Frankreich sollte den industriellen Bezirk bis Jerschlow besetzen, die Tschecho-Slowakei Sachsen bis einschließlich Dresden, Polen den deutschen Osten bis einschließlich Kottbus. Während die Tschecho-Slowakei eine Teilnahme an diesem in moralischer Beziehung schwer zu kennzeichnenden Plan ablehnte, soll Polen zugestimmt haben.

Diese Nachrichten stammen von einer Seite, die es sehr schwer macht, an ihrer Richtigkeit zu zweifeln, man müßte denn annehmen, sie seien mit Vorbedacht in die Welt gesetzt worden, um die Panikstimmung in Deutschland zu vermehren und den Druck, der Deutschland zu neuen äußersten Zugeständnissen zwingen soll, zu verstärken.

Das angebliche französisch-polnische Abkommen, das als keineswegs einfach in das Reich der Fabel zu verweisen ist, würde allerdings vorausichtlich erst dann in Kraft treten, wenn es die Zustimmung der Gesamtentente, also vor allem England, erhalten würde. Ganz so groß ist die Gefahr also noch nicht wie sie manchem vielleicht zu sein scheint.

Sie zu leugnen, wäre indeß von jedem, der über ähnliche Informationen verfügt wie wir, unaufrichtig. Darum kann man die Erregung im Osten auch nicht einfach als deutschnationale Wache bezeichnen, wenn auch natürlich die Deutschnationalen die ersten sein werden, die bestrebt sein werden, das Feuer anzublasen statt es auszulöschen. Dieses Auslöschen kann aber nach dem ganzen Stand der Dinge nicht lediglich eine deutsche Angelegenheit sein. Nur wenn Sicherheit geschaffen werden kann, daß von Polen keine militärischen Gewalttaten zu befürchten sind, wird die Arbeit seiner unserer Genossen, die auf eine Verubigung der Bevölkerung hinarbeiten, von sicherem Erfolg gekrönt sein.

Ob man sich gegen einen militärischen Einfall zur Wehr setzen soll oder nicht, kann für uns Sozialdemokraten eine Frage nur der Taktik, nicht des Prinzips sein. Im Prinzip müßten wir uns eher für die Verteidigung entscheiden, wenn wir es den Belgiern niemals übel genommen, daß sie sich gegen den deutschen Einfall von 1914 zur Wehr gesetzt haben. Lloyd George hat damals sogar das Freiheitskämpferweesen verteidigt durch den berühmten Ausspruch: „Wenn ein Einbrecher in mein Haus kommt, ziehe ich mir nicht erst eine Uniform an, um ihn zu verjagen.“

Indeß läßt die ganze Weltlage mit Sicherheit vermuten, daß ein bewaffneter Widerstand gegen das militärische Vordringen Polens ein ganz aussichtsloses Unternehmen wäre, das nach einer Eroberung ungezählter Tausende nur mit noch größerem Schaden für Deutschland enden würde. Und darum soll man im Osten auf die Stimme der Vernunft hören, wie sie dort von der überaroben Mehrheit unserer Parteigenossen vertreten wird. Der Kampf für die Vernunft, die über das Gefühl siegen muß, läßt sich aber auch führen, indem man andere Meinungen, die man bekämpfen muß, nicht in diesem Sinn und Her der Meinungen läßt sich eine feste Grenze der politischen Parteien nicht ziehen, und es wäre falsch, zu sagen, daß ein jeder, der nicht sofort die Ueberwindung aufbringt sich den Gründen der Vernunft anzuschließen, ein bewaffneter oder unbewaffneter Gaudalanger der nationalitären Reaktion sein müsse.

So hat wieder ein Tag gemordet, das schlaue Redigement gerührt, wie ein mächtiger...

Die Wirtschaft...

Es muß die es mit auf den Bankett stoff gefügt wird, die nicht zu unpopulär, Sankt Peters, Minister in London...

Der Schmidt schließt nicht, Er wolle gleich kommen, gleiche Stunde, es ist ein besonnenes Gemäch, sein Kognett ist...

Die Wirtschaft...

Wieder ein Sonntag, Es erfolgte, Reich, hoch, foms, höher, und dann glücklich es sich reich und warm an mich an...

Unverrückbar festzuhalten sein wird aber an dem Grundsatz, daß im Osten nichts geschehen darf, was den Gegnern einen Vorwand zur Verwirklichung von Plänen bieten würde, denen gegenüber die ganze Bevölkerung einig ist in dem Wunsche, daß sie niemals zur Ausführung gelangen mögen. Da wir zu schwach sind, um uns zu verteidigen, wäre es erst recht Wahnsinn, andere herauszufordern. Darüber wird in unserer Partei und ganz gewiß weit darüber hinaus in der erdrückenden Mehrheit des Volkes keine Meinungsverschiedenheit bestehen.

Der badische Eisenbahn-Generaldirektor mit dem Zylinder

Man schreibt uns: Wie wir hören, trägt sich der derzeitige Chef der Generaldirektion, Herr Präsident Schulz, nun mit ernstlichen Absichten, es scheint nur die Frage der Nachfolgerschaft vorerst noch Schwierigkeiten zu bereiten. Der Verlauf der Dinge in der Generaldirektion in den letzten Jahren verfolgt hat, mühte zur Ueberzeugung kommen, daß die Stellung des Herrn Schulz auf die Dauer unhaltbar geworden war. Zuerst war es im Frühjahr 1918 die bekannte Wohnungsangelegenheit. Hier wurde dem damaligen Ministerialdirektor Schulz vor aller Öffentlichkeit nachgewiesen, daß auf seine Veranlassung zur Bekämpfung spezieller Wünsche 100 000 M auf Staatskosten verschwendet worden sind. Dann kam im vorigen Jahre der Zusammenstoß zwischen dem Finanzminister Wirth und dem Generaldirektor Schulz, nachdem der Generaldirektor sich das Vertrauen der badischen Eisenbahner (la conto Wirth) einzuholen versuchte. Schon damals war eigentlich die Stellung des Generaldirektors Schulz unhaltbar, nachdem seine Bemühungen, durch einen Mittelsmann ein Vertrauensvotum seitens der Beamtenchaft zu erhalten, gescheitert waren. Wiber Erwarten erholte er sich jedoch wieder nach einigen Wochen. Erst der neuerliche Vorgang in der Angelegenheit Beech-Schulz scheint nun endlich dem Generaldirektor den Rücktritt nahezu legen. Die Untersuchung hat u. a. ergeben, daß der Generaldirektor Schulz, der dazu berufen war, die Rechte der badischen Landesfinder zu wahren, sich dafür einsetzte, daß die badischen Beamten der Generaldirektion hinsichtlich Dienst- und Anbezahlungen gegenüber den Beamten anderer Direktionen über geschädigt wurden.

Der Reichsverkehrsminister Gröner hat bei seinem letzten Hiersein auch ausgegeben, daß hier ein Nachst auf den badischen Beamten vorliegt. Allerdings ist für dieses Nachst der badische Generaldirektor Schulz verantwortlich, dessen Aufgabe es gewesen wäre, an Hand des badischen Staatsvertrags die Rechte der badischen Landesfinder zu schützen. Er hat aber das Gegenteil.

Als unser Genosse Beck in einer Versammlung gegen diese Vergewaltigungspolitik protestierte, versuchte der Herr Präsident Schulz — in der bekannten vornehmlichen Manier — ihn mittels einer Disziplinarverfahren zum Schweigen zu bringen. Nach all diesen Vorgängen ist der Rücktritt des Generaldirektors Schulz kaum noch zu umgehen. Es fehlt ihm zur erspriehlichen Tätigkeit das Vertrauen der Beamten und Arbeiter. Wir gestehen es unumwunden zu, daß sein weiteres Verbleiben im Dienste zu den ersten Konflikten Anlaß gegeben hätte, und daß wir es deshalb begrüßen, wenn Herr Schulz nunmehr selbst eingesehen hat, wie unhaltbar seine Stellung geworden ist. Auf die Dauer ist in Staatsbetrieben der Zustand heute nicht mehr haltbar, wo Organisationen, Betriebsräte und Beamtensinnung sich gegenseitig in die Haare fassen, die für die Allgemeininteressen kämpfen, einfach disziplinieren will.

Der Radau der Bankerotteure

Die Rechtsparteien sind schlecht gelaunt. Aus ihren Mäulern spricht ein überaus gereizter und gehässiger Ton. Die Rede Hermann Müllers im Reichstag veranlaßte sie zu wahren Wutausbrüchen. Nach der Aussprache im Reichstag geht nun durch die Rechtspresse ein wütendes Getöse über die „Handlanger der Entente“. So lautet das neue Schimpfwort, womit man das Volk gegen die Sozialdemokratie aufhetzen will.

Warum ist es den Deutschnationalen so unbehaglich zu Mut? Sie sehen mit Entsetzen, daß die Deutsche Volkspartei, ihre Nachbarin, heute bereits Dinge verantworten muß, die die volksparteiliche Presse noch vor Kurzem weit von sich gewiesen hat. Ein Volksparteiler, der Abgeordnete Kießer, war es, der im Reichstag die gemeinsame Regierungserklärung traf, wonach also auch die deutschen Volksparteiler im Kabinett ihre Zustimmung zu dem Angebot Simons gegeben haben. Die Haltung der Deutschen Volkspartei in diesen Tagen zeigt, wie entschieden verlogen und komödiantenhaft die ganze nationalistische Hebe der beiden Rechtsparteien seit der Unterzeichnung des Versailles Friedens gewesen ist.

Auch das Gerücht über die „Notwendigkeit des Zusammenschließens über Parteigrenzen hinweg“ ist nichts anderes als ein Vorlegenheitsgestammel. Die Herrschaften sprechen davon, man dürfe jetzt die „deutsche Front“ nicht erschüttern. Zu gleicher Zeit machen sie den neuen preussischen Innenminister scharf und fordern ihn auf, rückwärts und so rasch als möglich das Werk Versailles in Preußen abzubauen.

Die Sozialdemokratie hat sich bemüht, in Amsterdam die Wiederaufbaupläne nach Kräften zu fördern. Die Amsterdamer Vorschläge für den Wiederaufbau Frankreichs bilden ein Kernstück des deutschen Angebots. Der Wiederaufbauplan hat bei der Entente den stärksten Eindruck gemacht. Diejenigen, die zur Aufstellung des Wiederaufbauplanes ein gutes Stück Arbeit geleistet haben, nun auf einmal „Handlanger der Entente“ zu schimpfen, vertritt wenig Logik und wenig Verständnis für den Augenblick. Die Arbeiter der Gewerkschaften und die Arbeiterpolitik der Sozialdemokratie haben in der Außenpolitik Deutschlands mehr genützt als die Außenpolitik Orgesch-Baerens, des Lieblinges der Deutschnationalen. Wann werden die Deutschnationalen einmal einsehen, daß Deutschland, ein besiegtes und machtloses Deutschland mit der Politik der Zweideutigkeiten und Inanspruchnahmen nichts erreichen kann?

Nicht die deutschnationale Politik der großen Worte und der Entzweiung, der Zweideutigkeiten und Verschleiernungen kann uns helfen, nur eine offene ehrliche Politik, wie sie die Sozialdemokratie fordert, kann einen Umschwung herbeiführen.

Die Gemeindegewahlen in Belgien

Aus Brüssel wird berichtet:

Am Samstag, den 21. April, haben — erstmalig wieder seit zehn Jahren — in Belgien die Kommunalwahlen stattgefunden, und zwar unter Beteiligung der Frauen. Diese Tatsache muß vor allem herangestellt werden, wenn man bedenkt, daß die bürgerlichen Parteien Liberale und Merikale, den Wahlkampf unter dem Schlagwort geführt haben: Schafft einen Damm gegen den Sozialismus! Die Leser werden ein inniges Verständnis dafür haben, wie man gerade auf katholischer Seite es versteht, die Frauen als Wahlführer an die Urne zu schleppen und es wird sie deshalb nicht wundernehmen, daß in drei belgischen Wahlbezirken, in Brüssel, Gent und Antwerpen, es nicht möglich war, den Katholiken eine Niederlage beizubringen. Nach den vorläufigen Resultaten sind in Brüssel 13 Sozialisten, 14 Katholiken, 14 Liberale, 3 Mittelständler und 3 Frontparteierteil gewählt, in Antwerpen 14 Sozialisten, 15 Katholiken, 13 Liberale, 3 Frontparteierteil, in Gent 16 Sozialisten, 16 Katholiken, 7 Liberale. Einige bürgerliche Blätter haben natürlich diese Tatsache maßlos aufgebauscht. Es ist eine glatte Lüge, wenn in der deutschen Montags- und Dienstagspresse behauptet wird, es sei ein allgemeiner Rückgang der sozialistischen Stimmen im Verhältnis zu den letzten Kammerwahlen zu verzeichnen. In allen wichtigen Industriebezirken ist die rote Flut mächtig angeschwollen. Die Sozialisten haben die absolute Mehrheit in 208 Gemeinden, vor den Wahlen dagegen nur in 36. Ueber 172 Katholiken mehr als bisher weht die rote Fahne, und da wagen es die bürgerlichen Berichterstatter, von einem Rückgang, von einer Enttäuschung in unserm Lager zu sprechen.

In der Provinz, dem großen Kohlengebiet Belgiens sind die Erwartungen der Partei übertraffen worden. Yemappes, Yvermieres, Hornu, Dour, Clouges, Wasmes und viele andere Orte sind in unserer Hand. In der Gegend von Tournaï verliert die Partei heute über 200 Gemeinderatsitze gegen 30 vor den Wahlen. In Re-saix, dem Sitz der berühmten Kohlenbarone Coppes, wo wir bisher keine Vertreter hatten, eroberten wir 9 von 11 Sitzen! Das Gebiet von Charleroi ist durchweg rot geblieben; einige Orte weisen beträchtliche Verbesserungen unserer Stimmenzahl auf. Ferner ist nicht zu vergessen, daß in vielen, bisher rein katholischen Bezirken zwar eine

sozialistische Mehrheit nicht erreicht, aber durch Behauptung der Liberalen und Zunahme der Sozialisten die bisherige liberale Majorität gebrochen ist.

Badische Politik

Grund- und Gewerbesteuerertrag

Diese Bezeichnung hat nunmehr der Haushaltsausschuß dem in Beratung genommenen Ertragsteuergesetz gegeben, um seinen Inhalt und den Zweck des Gesetzes klarer und fasslicher zum Ausdruck zu bringen. Denn es soll ja den Grund und Boden und den Gewerbebetrieb je nach seinem Ertrag besteuern und ihn unter diesem Namen dem Steuerbewußtsein der inter-essierten Berufsklassen einprägen.

Die weitere Tätigkeit des Ausschusses hat sich nunmehr den einzelnen Gesetzesparagrafen zugewandt. Daß hierbei noch manche Änderungen notwendig sind, zeigte sich schon in der Generaldebatte. Der Haushaltsausschuß setzte auch zunächst die Erledigung eines der wichtigsten Paragrafen, und zwar des § 7, aus, weil hier der Steuerfuß festgelegt ist; der Ausschuß will bei der Festsetzung beim Verteilungsgesetz gewinnen, um dann die benötigte Höhe des Steuerfußes entsprechend festsetzen zu können. Von den 56 Paragrafen des Gesetzes sind bis jetzt 9 beraten. Der Ausschuß vertagte sich am Freitag mittig und nimmt seine Beratungen am Montag Nachmittag wieder auf.

Die Zuschläge der Hausbesitzer zu den Mietpreisen beschäftigen auch den Haushaltsausschuß des Landtages, als dieser den § 4 des Grund- und Gewerbesteuerertragsgesetzes (Ertragsteuergesetz) beriet. Dieser Paragraf lautet:

Bei den Wohn- oder gewerblichen Zwecken dienenden Gebäuden sowie bei Grundstücken ist der Eigentümer berechtigt, dem Nutzungsberechtigten (Mietler, Pächter und dergleichen) anteilig die Hälfte desjenigen Städtesteuerbetrages anzurechnen, der über den im Gesetz über die Besteuerung des Liegenschafts- und Betriebsvermögens vom 27. Mai 1920 bestimmten Satz von 13 Pfg. von 100 M Steuerwert hinausgeht. Das Gleiche gilt für etwaige Gemeindegewerbesteuer. Die über den in dem genannten Gesetz zugelassenen Höchstmaß hinausgehenden Teile des Städtesteuerbetrages sind dem Eigentümer nur zu, solange die Mietverhältnisse bestehen. Es gilt nur für Miet- und Pachtverträge, die vor 1916 abgeschlossen worden sind.

Darum könnte die Hälfte der neuen Steuer dem Mieter angerechnet werden. Der Hausbesitzerverein stellt aber Ansprüche, die auf völlige Abwälzung hinauslaufen. Deshalb brachte die sozialdemokratische Fraktion den folgenden Antrag ein:

„Bei Wohnungszwecken dienen Gebäuden darf die Steuer dem Nutzungsberechtigten nicht angerechnet werden.“

In der Debatte wurden ausgiebig die Verhältnisse zwischen Hausbesitzer und Mieter, wie sie sich in der letzten Zeit, vor allem durch den Karlsruher Mietvertrag, gestaltet haben, besprochen und mancher typische Einzelfall, der die Mieter durch ähnliche Bestimmungen der Mietverträge belastet wird, angeführt. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte u. a., sie lehne es ab, die Hausbesitzer zu favorisieren und einzelnen vor ihnen ein bequemes Rentenbäckerlein auf Kosten der Mieter zu sichern. Würde die Vorlage Gesetz, so würden die badischen Mieter insgesamt 26 600 000 M aufzubringen haben. Der Mieter könne nicht abwählen. Die von einigen Rednern der bürgerlichen Parteien befürwortete Aufhebung der Zwangswirtschaft für Wohnungen sei unmöglich, die Mietpreise würden sonst ins Ungemessene steigen.

Von demokratischer Seite wurde ein Antrag auf völlige Streichung des § 4 gestellt, der dann auch mit großer Mehrheit Annahme fand. Man erklärte, im Hinblick auf das zu erwartende neue Mietsteuergesetz könne der Ausschluß der Angelegenheit nicht landesgesetzlich regeln; das sei Sache des Reiches. Jedoch hat auch diese Aussprache im Haushaltsausschuß gezeigt, wie scharf sich die Gegensätze zwischen Hausbesitzer und Mieter zuspitzen, wenn die einseitige Belastung der Mieter andauert.

Die Steuerreformulare, die Steuerauslässe und die Neueinschätzung der Liegenschaften

Es ist erklärlich, daß bei der Beratung der beiden großen Steuergesetze der Haushaltsausschuß auch über aktuelle Fragen sich verbreitet und die Vertreter der einzelnen Parteien sich hierzu, und zwar recht unerbittlich, äußerten. So wurde, von sozialdemokratischer wie von bürgerlicher Seite, beklagt, daß die Ausfüllung der Steuerreformulare, wie sie jetzt den Steuerpflichtigen zugegangen sind, recht schwierig gestaltet worden ist. Es fehlen die Beispiele und der Raum in den Rubriken, um die Angaben genau zu machen. Die Zahl der gestellten Fragen ist zu groß. Für den einfachen Steuerzahler sei es fast unmöglich,

Das Hofenessen

Von Hermann Stenz, Karlsruhe

Die überlegene Unterhandlungskunst der Franzosen verschaffte ihrem Lande im Jahre 1678 bedeutende Vorteile. Ludwig XIV., König von Frankreich, schloß damals mit seinen Gegnern zu Rhinwegen einen Frieden, welcher den deutschen Landen auf dem rechten Rheinufer für einige Jahre Ruhe, ihm aber, dem ewig Geldbedürftigen, Ehr- und Ränkesüchtigen, neue Provinzen brachte. An seinem Hofe herrschte unerbittliche Wacht, seine weißen Untertanen lebten in unerhörtem Elende. Sofort nach Friedensschluß errichtete der König in Weß-Preßach und Besancon drei sogenannte Reunionskammern. Die Beamten dieser Behörden hatten die Aufgabe, die Ansprüche Frankreichs auf die Zugehörigkeit der beim Rhinweger Frieden an Frankreich abgetretenen Reichsländer zu untersuchen. Diese Herren sprachen denn auch sorgsam ihrem Könige all jene noch deutschen Städte und Landestheile zu, die mit jenen Erwerbungen vor dem Rhinweger Frieden irgend einmal in Lebensverbindung oder in anderen Beziehungen gestanden hatten. Auf Grund dieser Kammerurteile ließ sich dann Ludwig XIV. große Teile des linken Rheinufers mitsamt der Grafschaft Burgund und gewichtigen Städten der pfälzischen Lande von seinen Räten anerkennen.

Das Reich war gespalten und ohnmächtig. Es konnte nicht verhindern, daß des Königs Heere die genannten Landstriche besetzten. Alle Anstrengungen, ihn zu hindern, waren unionsf. Der Kaiser mußte diese, mitten im tiefsten Frieden durch Ludwig vorgenommenen Besetzungen anerkennen und sich noch zu einem zwanzigjährigen Waffenstillstande bewegen.

Das tat nun ein paar Jahre gut, bis plötzlich der Kurfürst Karl von der Pfalz kinderlos starb. Karls einzige Schwefter Blislotte war am den Bruder des Königs, an den Herzog von Orleans verheiratet. Diesen Umstand benutzte nunmehr Ludwig der XIV. um neue Ränke zu spinnen.

Es war im Frühjahr 1688 als ein alter, aber kräftiger Mann den steilen Weg, welcher in gerader Richtung von Weihen-stein durch die Hirschgasse zum Redar führt, herunterwanderte. Er ging im sicheren Schritte des Waldmannes, den Fuß bedacht-lich aufsetzend, ohne unnützes Geräusch zu machen, wie dies die Art des echten Jägers seit Urzeiten ist.

Der Alte, welcher da hergab „Hrit“, war der kurfürstliche

Jäger Kaspar Sengeisen und seit 41 Jahren in pfälzischen Diensten. Er stand etwa Anfang der Sechzig. Sein Wuchs war mittelgroß und stodig, wie der eines Inorrigten Baumes, das Gesicht mit dem kurzen grauen Vort lebhaft gerötet, wie es Menschen eigen ist, welche ständig und bei jedem Wetter im Freien sind. Das Haupt war von einer eigentümlich geforneten Lederlatte bedeckt, deren Schirm Stirne und Augen überdeckte. Der alte Waimann trug einen grünen Rod, unter dessen nicht ganz geschlossenen, oberen Knöpfen ein feineses Hemd hervor- lugte und den gebraunten Hals frei ließ. Der Jäger hatte lange Stiefel mit weichen Schäften, welche bis über die Knie reichten und mit hölzernen Eideheln in dünnen Schlaufen an der ledernen Sohle befestigt waren. Diese Hosen aber bildeten ein Stück von sonderbarer Beschaffenheit und stellten eine der kleinsten Schwächen des Kaspar Sengeisen dar.

Es waren das hirschklederne Hosen, welche längst nicht mehr aus einem Stück bestanden, sodah von der früheren Lederhose durch allmähliches Einsetzen von großen und kleinen Stücken wenig mehr übrig geblieben waren. Da sah Hirschklederkleid neben Rodleder und alle zusammen glänzten von Fett und Rot und Alter, ohne sich an eine bestimmte Farbe zu binden. Die tatsächlich strahlende Herrlichkeit dieser Verbauungen fiel jedem Neuling, der des Jägers zum erstenmal ansichtig ward, mit Bestimmtheit in die Augen. Die Glanzigen ließen beim Bestäuben wohl nur bei höchst seltenen Gelegenheiten für längere Zeit vertuschen und seit manchem Jahrzehnte an ihrem Plage sich befanden. Ueber der einen Achsel trug der Mann eine wohl ausgeputzte Ledertasche und in der Hand einen dicken, mit Eisen beschlagenen Hakenstock. Um den Leib war ein schmales Waidmehrer geschnitten. Werfen wir noch einen Blick in des alten Wildhegers graue Augen, dann finden wir das scharfe Aufschau eines Menschen von jener Sorte, welche gelegentlich auftrau- fend sein kann, deren Grundwesen jedoch große Gütmütigkeit ist. Aus den Augenwinkeln sah verweigende unendlich viele Kräftefüße betätigten diesen Eindruck und ließen den Rück- schluß zu, daß ihr Besitzer kein Feind eines gesunden Lachens und auch Schalkhaftigkeiten nicht abhold war.

Am Redaruser angelangt, zog der Kaspar Sengeisen über die lange hölzerne Brücke und verschwand in den Heidelberger Gassen.

Einige Stunden später kam der Alte den Weg vom Schloffe heruntergegangen, alwo ihm ein Auftrag zuteil geworden war, über den er jetzt noch sinnierte, wie er ihn wohl am besten aus- führen möchte.

Alwo er nämlich vor dem kurfürstlichen Jägermeister ge- standen habe, hielt ihm dieser folgende Rede: „In Eurem Hirschklederkleid, Sengeisen, laufen die Hirsche, wie man sie braucht, und Ihr wißt die Gänge Eurer Tiere sehr wohl. Haben wir da in Heidelberg vier Abgesandte des Königs von Frankreich, welche hier einige Zeit zu tun haben und deren Zeit durch ihre Geschäfte wohl nicht ganz ausgefüllt ist. Nur sind die Herren darauf verlesen, bei uns einmal auf die Jagd zu gehen. Ihr werdet morgen früh nach Rangesbruch am oberen Ende der Hirschgasse bereit stehen und den Hirschkledern in Euren Wäldern als Geleit dienen. Sorgt dafür, daß sie nicht leer heimgehen. Es müssen aber nicht gerade die besten Stangen sein, welche die Hirschkledern nach Paris mitnehmen.“

Noch einige kurze Fragen, dann war der Jäger entlassen und zog seines Weges.

Lächelnd sah der Jägermeister vom Fenster aus die strah- lenden Hosen des Alten, dessen Schwäche er genau kannte, um die Ecke verschwinden.

Nach der Peterstraße lag damals das Gasthaus „zum Godweden Riesen“. Dorthin lenkte der Jäger seine Schritte, um ein Krüglein Wein zu trinken und das Mitgebrachte zu verzehren. Manah lustiger Witz der Bürger, bei welchen der alte Sengeisen kein Unbekannter war, harrte im Vorbeigehen an seiner unteren Gasse. In diesen selber waren zwei Stuh- len, eine für die Herren und die Stubosi, die andere für die Bürger und Bauern. In der Bürgergasse befanden sich gerade nicht sehr viele Gäste, während durch die offene Tür in der Herrenstube an einer Tafel fünf aufgeduckte Gelleute zu sehen waren. Sie sahen um einen reich bedeckten Tisch und plauderten lebhaft und laut in fremder Sprache durcheinander.

An dem Tische, an welchem der Jäger seinen Imbiß nahm, aber hielten drei noch drei Heidelberger Handwerker, ihres Zeichens ein Stigijeder, ein Honigler, welcher auch Wachslichter machte und ein Bürger, dessen Handtische in der Nähe lag. Der Witz setzte sich zu ihnen. Da kam denn das Gespräch auf die Herren im Nebenzimmer: „Wisset, Ihr Männer“, sprach der Witz, „sie verzehren wohl ein schönes Stück Geld bei mir, seit sie da wohnen und essen und trinken; aber nachdem man weiß, daß sie als Abgesandte des französischen Königs, welchem wir schon Trüben genug verdanken, die Aufgabe haben, die Grenzen der Kurpfalz um ein Erlickliches zu beschneiden, seit der Zeit bleiben mit die Studenten aus dem Hause, und muß ich gewärtig sein, daß sich die Bürschen auf die Dauer in an- deren Schankhäusern einnisten.“

(Fortsetzung folgt.)

nach in der Fülle der Fragen zurechtzufinden. Man hat es deshalb begrüßt, daß die Frist zur Ausfüllung auf 15. Mai verlängert wurde. — Die jetzige Zusammensetzung der Steueraus-schüsse nach politischen Gesichtspunkten bedürfte insofern der Korrektur, als man mehr Sachleute heranziehen müßte. Die Steuerbelastung sei sehr schwierig; dazu bedürfe es tiefer Einblicke in die wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Berufsgruppen und die Beiträge nicht ohne weiteres jeder Anhänger einer Partei, die in den Steueraus-schüssen vertreten ist. — Eine ziemlich lange Auseinandersetzung entspann sich über die von der Sozialdemokratie verlangte Neueinschätzung der Liegen-schaften in Baden. Nach der Versteigerung der landwirtschaf-tlichen Grundstücke besonders in den Gegenden, in welchen Obst, Wein und Tabak gebaut werden, könnten durch Neuein-schätzung dem Staat viele Millionen Mark an neuen Steuern zugeführt werden. Durch besondere Schätzungs-kommissionen sollte die Neueinschätzung ermöglicht werden; die etwaige Neu-einstellung von Beamten mache sich sicher bezahlt. Die Erhöhung des Multiplikators reiche nicht aus, um besondere Gewinne der Landwirtschaft zu erfassen. Ein demokratischer Abgeordneter schloß sich diesem Antrage an. Er stellte die Anfrage an den Finanzminister, was auf diesem Gebiete geschehen sei. Dieser antwortete ausführlich und teilte mit, daß mehr als 200 Beamte in die Steuerverwaltung aufgenommen worden seien, aber sie müßten erst die entsprechende Ausbildung erfahren. Denn eine gerechte Neueinschätzung sei keine einfache Sache. Auch die Veranlagungsbeamten müßten hierzu herangezogen werden. Das gesamte Beamtenpersonal in der Steuerverwaltung sei aber zugleich mit der Beibehaltung der neuen Steuern beschäftigt. Das Reich und das Land Baden brauchen Geld, und es müßten alle Kräfte für diese Aufgabe mobil gemacht werden. Es sei deshalb zugleich einmah unumgänglich, die Neuein-schätzung der Liegenschaften vorzunehmen. Sie beanspruche zu- dem auch viele Monate und für eine solche Arbeit seien entspre-chend ausgebildete Beamte nicht zur Verfügung.

Einige Vertreter des Zentrums und der Demokraten meinten, die Neueinschätzung sei zurzeit nicht tunlich, weil alles noch so unklar sei. Man solle sich abgewöhnen, in jedem Be-ziehenden einen Steuerbefragenden zu schicken. — Das tut die Sozialdemokratie gewiß nicht; nichtsdestoweniger wird sie bei geeigneter Gelegenheit wieder auf ihre Anregung, die Grundstücke neu einzuschätzen zu lassen, zurückkommen.

Baden-Württemberg

Die Diskussion über die Frage Baden-Württemberg läßt es wünschenswert erscheinen, die statistischen Verhältnisse beider Länder einmal gegenüberzustellen. Der Hinweis auf nach-stehende Ziffern dürfte daher von Interesse sein. Baden hatte nach den Ergebnissen der Volkszählung vom Jahr 1919 insge-samt 2 208 503 Einwohner, Württemberg deren 2 518 773. Wa-den hatte nach der gleichen Zählung 59,9 Proz. Katholiken, 38,0 Proz. Protestanten und 1,2 Proz. Juden, Württemberg 80,8 Proz. Katholiken, 68,8 Proz. Protestanten und 0,4 Proz. Juden. Industrielle Anlagen mit mindestens zehn Arbeitern wurden nach den Berichten der Gewerbeaufsicht im Jahre 1919 in Baden 19 479 und 308 581 Arbeiter und in Württemberg 16 763 mit 265 653 Arbeitern gezählt. Der Flächeninhalt Badens beträgt 15 081 Quadratkilometer und jener Württembergs 19 614 Qua-dratkilometer; davon entfallen auf Ackerland in Baden 37,7 Proz. und in Württemberg 44,9 Proz., auf Wald in Baden 36,9 Proz. und in Württemberg 30,8 Proz. und auf Wiesen in Baden 13,6 Proz. und in Württemberg 15,1 Proz.

Politische Unterabteilungen

Unter diesem Titel gibt das Freiburger Zentrumsorgan, die „Freiburger Tagespost“ den Reichsparteien u. a. folgenden Denksatz:

Die Revolution ist nur zu verstehen aus der furchtbaren Enttäuschung, die das ganze deutsche Volk mit Einschluß der rechtsstehenden Kreise erlebte, nachdem es jahrelang von sogenannten „Republikanern“ mit immer neuen Versprechungen hin-gehalten worden war. Ueberall herrschte Verzweiflung. Der „Dolchstoß“, der die deutsche Wehrmacht niederstreckte, kam von vorn, nicht von hinten, wie gewisse „Sachverständige“, namentlich Generalleutnant, jetzt erklären. Warum? Sie schämen sich, daß ihre Weisungen fehlerhaft waren und wägen nun die Schuld dem deutschen Volke zu, ohne freilich bei der großen Mehrzahl Glauben zu finden. Die Weisung über die immer größer werdende feindliche Heeremacht, namentlich über die Erfolge der angeblich nicht ausgebildeten Amerikaner, übertrag sich bald auch auf unsere Bundesgenossen. Bulgarien fiel am 20. September 1918 ab, Deutschland ließ uns nicht viel später im Stich, nachdem die Türkei eine schwere Niederlage erlitten hatte und auch ausgegliedert war.

Deutschlands militärische Lage war im Spätsommer 1918 hoffnungslos. Das deutsche Volk war in seiner Gesamtheit wie vom Schicksal gerührt. Keine der Voraussetzungen seiner mili-

Die Totengräber von Potsdam

Am vergangenen Dienstag wurde die Gemahlin Wilhelms II. zur letzten Ruhe getragen. Wie wir Sozialdemo-kraten jedem menschlichen Leid unsere Teilnahme und den un-gezügten aller Mühseligkeiten und Beladungen unsere Hilfe nicht ver-sagen, so verkennen wir auch nicht das Schicksal jener Frau, die im November 1918 vom höchsten Gipfel in die Tiefe ge-schleudert wurde. Wir hätten in diesen Tagen keinen Anlaß, das Haus Hohenzollern noch die Monarchie in die öffentliche Diskussion zu rufen, wenn nicht seit Monaten mit der Kran-keheit der ehemaligen Kaiserin, und jetzt mit ihrem Tode, die ekel-hafte antirepublikanische Propaganda getrieben worden wäre. Es braucht nur an den bis heute unumwundenen, vor der preussischen Landtagswahl verbreiteten Prinzenbrief erinnert zu werden, in dem in unwahrscheinlicher Weise der Regierung vorgeworfen wurde: sie verweigere die Bestattung der damals noch Lebenden in heimatländlicher Erde. Selbst der monarchistischen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gingen die deutschnationalen Demon-strationen über den Trauerfall, daß sie sich gegen den jäh, der-artige Beileidsbesuche zu brandmarkten. Und weil die Mütter vom Schlag des verwandelten Mauerbrechers, der einmal in jugendlichem Leidensinn die Hohenzollern als Lumpen bezeich-nete, weil solche Leute diesmal keinen Anlaß hatten, gegen die Republik zu polemieren, beschimpften sie die Regierungsgebäude und ihre monarchistischen Bewohner, daß dort kein Halbmaß ge-schlagt war. Man darf es uns nicht übel nehmen, wenn wir aus all diesen Gründen verschiedenen Leuten das Gedächtnis auf-frischen.

solche Pläne ständen, wenn der Verdiente kurze Zeit vorher einem seiner Ratgeber gegenüber unumwunden sagen konnte, als sich Wilson um den Frieden bemühte:

„Wenn wir Könige uns schlagen, dann fliegen die Funken. Wenn wir uns aber wieder vertragen wollen, dann brauchen wir keinen Präsidenten Wilson!“

So wenig Bismarck und die Hohenzollern im Jahre 1866 Ehrfurcht und Mitleid mit den nassauischen, hessischen oder hannoveranischen Fürsten hatten, so wenig kümmerten sie sich im Weltkrieg um die ausländischen Könige von Gottes Gnade. Aus Scheidemanns Buch „Der Zusammenbruch“ ist bekannt, wie die deutschen Prinzen um künftige Fürstentümer schachteten und intrigierten. Nicht minder erbaulich ist das Wettrennen um die rumänische Krone, die man nach dem Fall von Bukarest in der Hand zu haben glaubte. Es stritten zwei Kandidaten; zwei Söhne des Kaisers: Prinz Oskar und Prinz Joachim! In schriftlichen Eingaben kühlten die Befürworter Forhms: er habe doch ausgezeichnete Berichte über die Ostfront verfaßt und sei ein guter Redner.

Die Clique um Oskar sagte hingegen: Die Verdienste dieser Prinzen seien nicht minder gut gewesen, und was ihm vielleicht an anderen Eigenschaften abgehe, würde durch die hervorragenden Qualitäten seiner Gemahlin ersetzt. Zwar sei diese Gattin nur eine geborene Gräfin, bei einem Land wie Rumänien könne dies jedoch kein Hindernis sein, daß der Gemahl der Königs-ihron besteiige und sie selbst Königin werde. Eine andere Frage sei allerdings, ob die Kinder dieser Eltern vollwertige Mit-glieder des Hauses Hohenzollern sein könnten. Das waren die Sorgen des kaiserlichen Hofes. Sich selbst müssen die Hohen-zollern anklagen, ihre Berater und Speichellecker, wenn sie ihr heutiges Unglück beweinen.

Die Geistesgröße dieser Ratgeber und „Sachverständigen“ bekennt am besten der Brief eines Mannes, den auch die jetzige Reichsregierung nicht für den Dummsten schätzt. Im Frühjahr 1917 schied es, als wäre Italien einem Sonderfrieden nicht ab-geneigt. Damals schrieb der jetzige Reichstagsabgeordnete, Zeitungsbesitzer und Grubenmagat

Hugo Stinnes

einen Brief an die maßgebenden Regierungsstellen, worin er dringend vor einem Sonderfrieden mit Italien warnte:

Ein Sonderfrieden mit Italien wäre das Ende des Dardanellenkrieges, wodurch die Entente bedeutende Truppenmassen für die Westfront frei bekäme. Unsere Lauchbooten würden ihr Operationsfeld im Mittel-ländischen Meer verlieren und könnten dort keine eng-lischen Schiffe mehr versenken. Aus diesen und an-deren Gründen bedeute ein Sonderfrieden mit Italien die Niederlage Deutschlands im Gesamtkrieg.

War es also nicht ein Glück, daß uns Italien die Treue brach und auch der Friedensring mit Amerika entzweiffrang? Galtten nicht die Alldeutschen recht, als sie vor dem Krieg be-teten, daß uns Gott vor der europäischen Völkerverfäulnis be-wahren und uns einen frisch-fröhlichen Krieg beschermen möge? Galtten sie nicht recht, als sie nach dem abgelehnten Friedens-angebot im Dezember 1918 „Gott auf den Knien“ für diese Gnade dankten? Die Kosten für das europäische Elend bezahlten allerdings nicht die Kranzspender vom vergangenen Dienstag.

Bejahen die Hohenzollern auch nur ein wenig Ueberlegung, sie hätten sich jetzt die Teilnahme jener verbitten müssen, die die wahren Totengräber des deutschen Volkes sind, samt seiner Fürstentümer, denen allerdings die Rentenversicherung etwas mehr gibt als den Kriegsverstümmelten. Der Krieg hat das monarchische, militaristische und obrigkeitstaatliche System der-art beleuchtet, daß wir für alle Zeiten genug haben, und der „Einfleischismus“ hatte in seinen besten Tagen nicht ganz un-recht, als er einmal Wilhelm II. in der Nacht zeigt, wie er zu den Sternen deutet und seinem Sohn erklärt: „Siehe, das sind die Orben, die dem lieben Gott für seine Verdienste um das Haus Hohenzollern verliehen worden sind.“

Keiner von all denen, die bei der Beerdigung den Sabul und die Tränen präferierten, keiner hat am 9. November 1918 den Finger für das „angestammte Herrscherhaus“ gerührt. Ins Maulschloß waren sie getreten und sogar Hugo Stinnes schlüpfte schnell zu den Demokraten, von denen es ihn bald wieder weg-zog, als die Luft klarer geworden war. Wohl war der 9. No-venber das Ende der Monarchie. Jedoch nicht die Arbeiter und nicht die Soldaten, nein die Monarchisten, die Militaristen, die U-Bootfahrer, die Anexionisten, die Kriegsverlängerer, die Lubendrücker und nicht zuletzt der Kaiser selbst haben vier Jahre den Thron so lange unterhöhlt, bis er morsch und faul zu-sammenbrach. Wie es geschah, darüber befrage man den Herrn Oberleutnant Hiller und die Volkskassendirektor; den Kammer-herrn der Kaiserin, Herrn v. Behr-Bimow, der die Sadnähren innen um ihren Lohn betrog; darüber frage man die Speise-karten der Offizierskasinos und den Küchensettel der Mann-schaften, der Kriegswitwen und der Munitionsarbeiter; darüber erkundige man sich bei den Tagesberichten des Großen Haupt-quartiers und bei den Feldpostbriefen der Infanteristen; bei den Diplomatenkonferenzen eines Michaelis, bei den Reichstags-rede eines Helfferichs, bei den Friedensabeteuren und bei allen, bis zu den Reichstagsabgeordneten, die vier Jahre lang belogen und betrogen worden sind.

Belogen und betrogen wurde jedoch nicht nur das deutsche Volk, auch die Fürsten. Der Außenminister der Habsburger, Czernin, erzählt uns in seinen Erinnerungen, wie einmal der „Schlapp gewordene Kronprinz wieder aufgesprungen wurde“, und nicht viel besser mögen die Alldeutschen und Anexionisten mit ihrem Kaiser umgegangen sein, wenn anders seine Kriegsver-ten, Ratsberatungen und Tagesbefehle beurteilt werden sollen.

Eine dieser Beratungen sei hier aus Licht gezogen; sie datiert aus der ersten Hälfte des Jahres 1917. Damals meinte Wilhelm II., er führe fast drei Jahre Krieg, und wisse nicht einmal warum! Deshalb sei es an der Zeit, seine Kriegsziele aufzustellen. Und er schrieb:

„Im Namen meiner Armee und meiner Flotte: Anexion von Belgien, Frankreich und der belgischen Küste. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika bezahlen sofort 30 Milliarden Dollar, Frankreich 20 Milliarden Dollar, England Geld, Waren und Rohstoffe. Der Kaiser selbst wird Herzog von Aurland. Die Türkei bekommt Malta und einige andere Inseln.“

Also sah damals Wilhelm II. die Kriegslage und den „Ver-teidigungskrieg“, den keine Eroberung trieb. Soll man über

*) Aus der „Globe“, Nr. 4, 1. Jahrgang.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater

Der „Ring des Nibelungen“ ist immer zeitgemäß, — auch wenn eine mehr oder weniger unzeitgemäße Aufführung ihn veranlaßt. Das innere Band, das die drei ersten Abende zu-sammenhält, bedingt durch die nicht wegzuleugnende Luft zwi-schen „Siegfried“ und der „Götterdämmerung“ als Ganzem, geschaltet jene besonders zu behandeln. Der diesmaligen Gesamt-aufführung eignet vornehmlich eine musikalische Durch-arbeitung allerersten Ranges, verbürgt durch die traditionsreiche Leitung Fritz C. ortzleis und den unerreichten künstlerischen Stand des Landesorchesters. Das Weltwerden im Rheingold, die prächtige Linie des ersten Walkürenaktes, das Waldge-mäde im Siegfried sind Ereignisse und bleiben es. Manche Stellen beim Auftritt der Niesen im Rheingold, einiges im ersten Akt des Siegfried erschienen etwas bescheiden; doch das hätte nur das grandiose musikalische Gesamtwerk.

Die Brunnhilde von Marie Lorenz-Göllinger, hinreichend in gesanglicher und darstellerischer Haltung, führte den letzten Akt der Walküre und des Siegfried auf eine ganz seltene Höhe stilvoller und doch eigenpersönlicher Künstlerkraft. Bis ins tiefste überzeugend wuchs diese Brunnhilde in ihrer Verteidigung gegen Wotan, stürzte sich jauchzend in Siegfrieds Arme. Max Wittners von edel Wagnerischem Geist durch-drungener Wotan ist wieder ein künstlerischer Mittelpunkt, wie bisher. Ganz ringender Wot in Rheingold, wächst er in der Walküre ins wahrhaft Tragische und gesteht so den letzten Akt zu einem sinnstiftend großen Geschehen. Wir dürfen dem Künstler von Herzen Glück wünschen zu dieser, nach seiner Ge-nehung so ganz in alter Art gehaltenen Leistung. Als Frida stand ihm Verkuhr Leisiger zur Seite; von Gestalt wohl erlesen, kann die Wagnerische Gestaltung unmöglich jetzt schon von ihr verlangt werden. Die gesungene Durchführung ließ von einem Reich sprechen, der das kalte, volle Gelingen gewähr-leistet. Ihre schon gelungene Erda im Siegfried sei nicht ver-gessen. Edith Sajib war wieder eine Sieglinde, wie sie sein soll. Rudolf Waly-Mortas Ueberich bleibt stets eine vor-zügliche Leistung, trotzdem der Sänger eigentlich nicht für sie bestimmt ist; im Rheingold ließen manche feine gearbeiteten Einzelsätze den denkenden, eifrigen Künstler erkennen, den sich das Theater auf jeden Fall erhalten soll! Hans Bujard gab als Loge wie als Mime wieder letzte Kunst der Charakteristik. Gottfried Hagedorn (Fasner, Gunding) wollen

wir von den Unfern noch nennen, der seines ehemaligen Vases Allgewalt zupendend wiedergewinnt.

Mit zwei Götten ging es bisher! Man höre und staune! Und hätte Herr Schöffel nicht zweites Aufjuchend einer neuen Dienststelle, wie es in einer, wenn nicht launig gegebenen, so doch ähnlich anmutenden Deuternotiz hieß, das liebe Karlsruhe gerade verlassen, wer weiß, ob es da nicht — auch mit zwei Fremden gegangen wäre. . . . Deren erriet, Otto Hanger aus Frankfurt, hier bereits aus der, so nicht irrig, Götterdäm-merung 1917 und auch sonst als vorzüglicher Sänger bekannt, gab einen durchdrachten himmlisch jede schönen Siegmund. Christian Streib als Siegfried hat ihn das letzte Mal wesentlich besser gelungen. Er war zu bald vorausgibt, und das Angestrenzte des letzten Akts konnte nicht zur Verbesserung des Eindruckes beitragen.

Von Mängeln waren die drei Abende keineswegs frei. Was die Darsteller angeht, vornehmlich das Rheingold nicht: Sehr anguerfennend und zu unterstützen ist das Bestreben, die Volontäre zu fördern. Ob dafür aber gerade Wagners Büh-nenspiele geeignet sind, kann füglich in Zweifel gestellt wer-den. Die diesige Aufführung krankt an einer ungewöhnlich ins-tigierenden, Marsch: Annodzumal. Man kommt ungewöhnlich ins Wägen, sobald man sich mit der Aufmachung auseinandersetzt. Auf bessere Zeiten verdrängen. Heute aber kann schon, vom Rheingold ganz abgesehen, dafür gefordert werden, daß: 1. die Türen der Hundsbühne, wenn der Ring in den Saal laßt, sich zeitigen öffnen; das Feuer 2. auf dem Wägen-schildchen, 3. in Wimes Höhe bei Wotans Aufstoßen mit dem Speer zur rechten Zeit aufklärt; 4. Wotan im zweiten Akt Siegfried im richtigen Moment beleuchtet wird. Die Vergewaltigt des höchsten technischen Apparats muß dabei allerdings be-rücksichtigt werden. Wie singt doch Wotan? „Was ist nach seiner Art; an ihr wirst du nichts ändern!“

Deutsche Kunstausstellung Baden-Baden 1921

Auch die diesjährige Baden-Badener Kunstausstellung in dem schönen Willingschen Ausstellungsgebäude in der Lichtent-lasse bietet keine sonderlichen Ueberraschungen. Es ist in-teressanter das selbe Bild, das man die Jahre bisher auch sah; vielleicht ist Feuer die expressivste Richtung, namentlich im Zeichnerischen, etwas stärker vertreten. Wieder vermehrt sind einige Frauen, die auch unter der Perspektive der Künstler offiziellen Kunst nicht übergangen werden sollten — wobei frei-lich zu untersuchen ist, ob nicht hier schon Wirkungen älterer Un-

jachen vorliegen. So habe ich seit Jahren den Namen O. Gagemann bergänglich gefucht, obwohl er wie wenige berufen ist, das Erbe Trübners zu repräsentieren. Eine Ueberschau bis ins Einzelne zu geben, ist natürlich unmöglich; der — übrigens schon ausgestattete Katalog — verzeichnet 470 Kunstwerke. So bleibt nur die Möglichkeit, das herauszugreifen, was einem beim Durchwandern der Säle als stark und bewegend ins Auge fällt und zur Betrachtung zwingt.

In den unteren Sälen, die hauptsächlich Graphik und einige Expressionisten enthalten, herrscht der neue Stil vor; Kolo-soffka hat einige Berliner porträtiert; Max Reinhardt, die Dürer u. a. Immerhin ein gewagtes Unternehmen sich von Kolo-soffka Konterfeien zu lassen; schöner wird man dabei nicht. Webberger gibt zum Teil starke schwarz-weiße Flächen-wirkungen. Unter den Expressionisten fiel mir W. Dörfler auf, dessen „Reinhalten“ in Farbe und Bewegung bemerkens-wert ist. Linz-Pforzheim bringt einige gute Majoliken; A. Riedel ist mit einer Radierung vertreten, die kein rechttes Bild von seinem Können gibt. Man könnte so weiterfahren und alle ausstellenden Graphiker nennen; über keinen ist sonderlich gutes oder schlechtes zu sagen. Ein Marmorlopf „Witton“ von Steger fiel mir auf. — In den oberen Sälen ist ebensowenig irgendwie Erschütterndes zu buchen. Der große Aufgangsaal wird von einem Eschindarabum-Kürassierbild von Fehr be-herrscht; eine äußerliche Arbeit, übte militaristische Hofe. Gegenüber hängt ein tangendes Paar von Fehr in „Schwarz-weiß“ — gartenlaubehaft, technisch Pointillismus . . . von 1921. Vom ganzen großen Saal sind mir zwei Bilder als bemerkens-wert geliebt: das eine ein alter Th. Th. Heine aus dem Jahre 1892 und eine schlichte Landschaft, fast wie ein etwas ber-größerter Raider, die „Berglandschaft“ von S. W. a. n. -Karl-s-tube. Im Saal IV ist zu nennen: die mittelalterlich-nieder-ländische groteske „Herzant“ von S. Schöpplin, trotz allem immerhin eigener Wille, und die feine kleine, durchaus gekannte und empfundene „Waldwiese“ von W. a. n. g. an alle frühe Thoma erinnernd. Im Saal V notierte ich K. n. e. l. s. „Lesen-des Mädchen“, dessen malerische Qualitäten sicher sind, wenn-schon man den Gedanken an Vorbilder aus Leibniz Frühzeit nicht los wird. Georg Poppes „Maria im Säne“ hat in ihrer Mosaike Wirkung starken Ausdruck; der „Aktualienmarkt“ von Grieb ist schmissig gemalt. Auffallend ist, wie häufig das Thema „Mutter und Kind“ behandelt wird; von Gwald in Ausdrud und Farbe überraschend, von G. a. l. l. e. r. schlicht und innig. Unter den Expressionisten sind religiöse Motive stark ver-treten; Biffier mit einer nicht sehr überzeugenden „Ver-juchuna Christi“, Reinhardt mit einem „Christus auf dem

Französische Militaristen, Kapitalisten und Politiker für die Zerstörung Deutschlands

Der bekannte englische Publizist Maynard Keynes prüft im „Manchester Guardian“ die Rechte bei dem neuen bevorstehenden Gewaltstreik der Entente gegen Deutschland. Der gerecht denkende Engländer verurteilt scharf Frankreichs Politik und zeigt das Unheil, das aus ihr entstehen muß. Er schreibt u. a.:

Deutschland kommt also seinen Verpflichtungen nicht nach. Kommt es „vorsätzlich“ seinen Verpflichtungen nicht nach? Man hat ihm befohlen, unverzüglich den Gegenwert von 12 Milliarden Goldmark zu übergeben. Niemand nimmt an, daß es dies tun kann. Aber man hat ihm auch befohlen, eine Milliarde als erste Rate zu übergeben. Nun ist Deutschland, solange die Reichsbank über eine Goldreserve von einer Milliarde verfügt, physisch imstande, sie zu bezahlen. Deutschland hat auch Guthaben bei ausländischen Banken, die es angesammelt hat für den Ankauf von Lebensmitteln und Rohstoffen. Wenn es diese Guthaben an die Alliierten abführen möchte, so würde das späterhin Hungerkatastrophen zur Folge haben. Gerade wie wenn Deutschland alles Gold der Reichsbank übergeben würde, dies späterhin mit dem Bankrott enden würde. Aber in diesem Augenblick wäre es physisch für Deutschland möglich, sie zu bezahlen.

Unter diesen Umständen, und bis Deutschland seines letzten greifbaren Vermögens beraubt ist, erklärt Frankreich, technisch komme Deutschland „vorsätzlich“ seinen Verpflichtungen nicht nach. Willigerweise freilich kann man nicht behaupten, daß Deutschland seinen Verpflichtungen vorsätzlich nicht nachkomme, bis es eine spezielle vernünftige Forderung abgelehnt hat. Dies ist noch nicht der Fall. Einseitig sind tatsächlichen Forderungen, die an Deutschland durch die Reparationskommission bis heute gestellt worden sind, keine im mindesten wichtigen Fall, in dem Deutschland „vorsätzlich“ seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Ich vermute daher, daß die Alliierten diese letzte Forderung, die verurteilt ist, von dem Gesichtspunkt aus, daß man von Deutschland Reparation erlangen will, gestellt haben, in der Absicht, sich technisch instand zu setzen, davon zu sprechen, daß es „vorsätzlich“ seinen Verpflichtungen nicht nachkomme. Das ist die Rechtslage. Frankreich vertritt den Standpunkt, daß, solange Deutschland irgendwelche greifbaren Aktiven besitzt, die übergeben werden könnten, Deutschland vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, und daß, wenn es vorsätzlich seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, jeder der Alliierten berechtigt ist, einzumarschieren und sein Gebiet zu plündern, ohne sich einer feindseligen Handlung schuldig zu machen.

Wie ernst ist gerade diese feindselige Handlung. Wie man jetzt ins Auge faßt? Der Teil des Ruhrgebietes, auf den man greifen will, ist ein kleiner dichtbesiedelter Gebietsteil, mit einer Bevölkerung von vier Millionen und einem dichten Netz von Kohlen-, Eisen- und Stahlwerken. Da die Bevölkerung unbewaffnet ist, rechnen die Franzosen damit, daß sie sie niederhalten können mit 100 000 jungen Leuten, und wenn sie sie wirtschaftlich von dem Rest des Landes abtrennen, können sie mit ziemlich geringer Eifer darauf rechnen, daß das nichtabzulebende Deutschland in die gegenwärtige Lage Oesterreichs verlegt wird. Solche zerstörenden Maßnahmen können keine Reparation schaffen, aber wenn sie geschickt ausgeführt werden, kann man sich durch sie möglicherweise für die Unkosten bezahlt machen.

— I. Freiburg, 27. April. Seitdem die Botschaft aufgehoben ist, monach auswärts wohnende Arbeiter nur mit Zustimmung des Demobilisierungsausschusses in der Stadt beschäftigt werden, wurde eine zunehmende Belastung des häuslichen Arbeitsmarktes wahrgenommen. Nach einer Bekanntgabe der Freiburger Arbeitsvermittlungsstelle hat dadurch die Zahl der Arbeitslosen in der Stadt außerordentlich zugenommen.

— I. Grünwettersbach, 28. April. Die am 27. April stattgefundenen W a r g e r a s s e n s i t z u n g hatte drei Punkte zu erörtern, die alle von Bedeutung waren. Vorlage 1 betraf die Forderung auf Bewilligung von Bauleistungszuschüssen an drei hiesige Bauwerke, sowie ein weiterer Betrag von 35 000 M für unsere hiesige gemeinnützige Baugenossenschaft. Bei ersterem Punkt der Vorlage wurde für zwei Bauleistungen die Bewilligung unter Anrechnung der Naturalien von Holz und Steinen einstimmig angenommen. Für Herrn Karl Frey mußte die Forderung deshalb abgelehnt werden, da er sein Projekt weit außerhalb unseres Ortes erstellen will, wo keine Wasserleitung und kein elektrisches Licht ist, wodurch der Gemeinde später noch erhebliche Kosten entstehen könnten. Die Vorlage der Baugenossenschaft um Bewilligung von 3500 M fürs Jahr um sechs weitere Wohnungen erstellen zu können, wurde mit 18 bürgerlichen Stimmen gegen 16 Stimmen unserer Fraktion niedergestimmt. Trotz aller Bemühungen unserer Fraktion konnten wir den Bürgerlichen kein Verständnis für das Wohnungselend herbringen. Die Herrschaften haben ja alle ihre eigenen Häuser, da brauchen sie kein Interesse fürs Allgemeinwohl zu haben. Die Genossenschaft hatte vorigen Jahres sechs Einfamilienhäuser erstellt, es wäre also jetzt ein leichtes, rasches Fortwärtswirken möglich gewesen. Auch an die Arbeitslosen denken jene Gatten und gut Verfertigten nicht. — Punkt 2 betraf die Sportplatzfrage, ein Stück Wald sollte hierzu verwendet werden. Auch dieser Punkt wurde mit 19 bürgerlichen Stimmen gegen 18 Stimmen unserer Fraktion abgelehnt. Bedauerlich ist, daß immer bei solchen wichtigen Sitzungen ein Teil unserer Genossen fehlt, andere Stimmenthaltung üben oder noch dagegen stimmen. Ueber dies Verhalten wird innerhalb unserer Partei noch gesprochen werden. — Bei Punkt Verschiedenes mußte das Verhalten verschiedener Gemeindevorsteher gerügt werden, die gegen Gemeinderats- und Bürgerausschlußbeschlüsse in grobster Weise verstoßen haben. Vor Schluß der Sitzung legte Genosse Gemeinderat J. Matusch sein Amt nieder mit der Begründung, daß ihm ein weiteres Zusammenarbeiten innerhalb des Gemeinderats unmöglich sei.

Soziale Rundschau

Zum Einspruch der Berufsmusiker

der sich gegen die Tätigkeit der Zivilmusik richtet und den wir kürzlich veröffentlichten, wird uns geschrieben: Ueber die Mitwirkung von Beamten bei der öffentlichen Unterhaltungsmusik hat die Bezirkskommission des Deutschen Musikerverbandes in der Presse Beschwerde erhoben. Es wurde behauptet, daß durch den Beitritt der Beamten zahlreiche Berufsmusiker zur Arbeitslosigkeit gezwungen seien. Unsere Erfindungen haben nun ergeben, daß die Arbeitslosigkeit a. B. unter den Karlsruher

und sicherlich werden sie einem gefährdeten und gehetzten Nachbar das Genick brechen.

Drei mächtige Kräfte haben vereint dazu beigetragen, Frankreich zu diesem Entschluß zu bringen: die Militärpartei, noch eingeschlossen, die niemals das Ziel der Abriegelung aufgegeben hat, sieht in ihm einen Schritt, der zu diesem Ziel führt und auch eine Gelegenheit, Frankreich zum Diktator Europas zu machen. Die Industrie-Partei, Roucheur eingeschlossen, sieht in ihm das Mittel, den größten Stahlbezirk von Europa zu kontrollieren und so ihre eigenen Unternehmungen in Frankreich und in Lothringen zu schützen. Die Politiker, Briand eingeschlossen, sehen in ihm das Mittel, die unwillkürlichen und leidenschaftlichen erregten Deputierten zu befähigen, die Mitglieder der reaktionärsten Kammer, die das republikanische Frankreich jemals gewählt hat, die aber, obgleich ihre Absichten und Motive verwerren sind, ungleich den beiden anderen Kräften wirklich für die Reparation Interesse zeigen. Briand im besonderen ist demokratisiert worden durch die Notwendigkeit, Poincaré zu überbieten und durch die heraufschwebende Erfahrung, daß die schlimmsten Reden, die er je in seinem Leben gehalten hat, ihm den lautesten Beifall verschafft haben.

Niemand kann die äußersten Konsequenzen einer französischen Besetzung des Ruhrgebietes vorhersehen.

Sie legt eine Säbelschnur an das Magazin Europas. Schrecken und Verzweiflung mag die Deutschen wiederum zwingen, eine wertlose Zustimmung zu geben zu etwas, was sie nicht vollbringen können und wollen; dazu kommt die Erniedrigung vor sich selber und die Verachtung der Welt. Oder Unordnung und Verwirrung kann folgen, ein Streik der Bergarbeiter, der Fall der Regierung und neue Gelegenheiten für die Rückkehr der militärischen Führer. Solch ein Akt führt Zerstörung und Verarmung herauf, und er kann nichts Gutes bewirken. Es ist kein Anlaß für ihn vorhanden. Es ist un wahr, daß die 8 Milliarden Goldmark, die Deutschland in den letzten zwei Jahren bezahlt hat, materiell weniger sind, als es hätte bezahlet werden können. Es hat Leistungen vollbracht, die unter den gegenwärtigen Umständen als sehr groß bezeichnet werden können.

Die Wahrheit ist, daß die Deutschen ein Volk sind, das über alles Maß erniedrigt wurde, das aus Verzweiflung bereit ist, jeden Weg zu gehen, der aus seinen Sorgen herausführen kann, und bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen, um sich ein ruhiges Leben und ein wenig Achtung zu sichern.

Ist es recht, den Krieg zu erneuern, weil sie nicht fabelhafte Geldsummen verschaffen wollen, die sie nicht haben, und nur bezahlen könnten (wenn sie es überhaupt könnten) dadurch, daß sie ihren Handel in Wettbewerb mit dem unferigen treten lassen, was wir, wie wir wohl wissen, nicht erlauben wollen. Das Reparationsproblem ist niemals in seinem wesentlichen Kern erwogen worden, d. h. mit der Absicht, einen ausführbaren Plan zu überdenken, nach dem Deutschland wiederherstellen kann, was es in Frankreich zugeführt hat. Die Besetzung des Ruhrgebietes wird dies nicht erreichen und ist auf andere Ziele gerichtet.

Laßt die Engländer gegen sie mit ihrer ganzen Kraft Einspruch erheben, aber laßt England in diesem gleichen Augenblick Frankreich seinen guten Willen bekunden und die Erinnerung an den in dem großen Zusammenstoß ehemals gegieigen Idealismus erneuern dadurch, daß es verkündet, daß es zugunsten Frankreichs auf alle seine Ansprüche verzichtet.

Musikern ganz unbedeutend ist, daß auch nicht ein Berufsmusiker in der Erwerbslosenfürsorge steht, daß aber gute Musiker b. h. solche, die überhaupt nicht die Bezeichnung Musiker Anspruch erheben können, stets leicht Beschäftigung finden. Durch den Wegfall der Militärkapellen sind ganz empfindliche Lücken in der Pflege öffentlicher Unterhaltungsmusik entstanden, sobald auf die nebenberufliche Tätigkeit von Musikliebhabern nicht verzichtet werden kann. Die wirtschaftliche Not des deutschen Volkes wird in Hinblick Mittel für die Kunstpflege auf ein Mindestmaß beschränken. Die Erhaltung einer Kapelle von Berufsmusikern erfordert aber solch hohe Mittel, die eine Stadtverwaltung nicht aufbringen kann. Deshalb haben Städte wie Offenburg, die Gründung von Musikvereinen in die Wege geleitet. Karlsruhe ist in der glücklichen Lage, über gute, leistungsfähige Orchesterleiter von privaten Musikvereinigungen zu verfügen, deshalb kommt der Fortfall der Militärkapellen der Bevölkerung nicht zum Bewußtsein. Es wäre aber verfehlt, durch behördliche Maßnahmen diesen Zustand zu verschlechtern. Der Kunstpflege und der musizierenden Bevölkerung geschähe dadurch ein schlechter Dienst.

Aus dem Lande

Mannheim, 29. April. Die Raiberanstaltungen sind mit der Erfindungsmesse im Nibelungenaal des Rosengartens eröffnet worden. Eine große Anzahl von Firmen, sowie bekannte Konstrukteure und Erfinder haben die weiten Räume für ihre Ausstellungsgegenstände in Anspruch genommen. Einen großen Raum nahmen u. a. die Wirtschaftsartikel, die Haus- und Küchengeräte ein, wobei auch ein neuerartiger Verfahren für das Einmachen von Früchten, Fleisch und dergleichen gezeigt wird. Weiter sind zu sehen künstlerische Reklamen, neue Typen der Motorräder, elektrische Heiz- und Kochapparate.

* Rogberg, 29. April. In der Tauber bei Landa ist die Leiche des Telegraphensekretärs a. D. Anton Geiger von Röllingen aufgefunden worden. Allem Anschein nach liegt Selbstmord vor.

* Bergshaupten bei Offenburg, 29. April. Der 80jährige Wagner W u l f e r stürzte vom Heupfeiser ab und verletzte sich so schwer, daß er starb.

Schnau bei Heidelberg, 27. April. Für die Brandgeschädigten in Gunthausen wurden 100 M bewilligt.

Konstanz, 29. April. Wegen Unregelmäßigkeiten im Lebermittelan in Rodolfzell wurden der frühere Leiter und zwei Hilfsbeamte von der Strafkammer zu 5 bezw. 3 Monate Gefängnis verurteilt.

Tuch-Ausstellung

in 5 Schaufenstern mit Preisangabe ab 1. April 110, 120 M Wilh. Wolf jr. 130, 160 M Kaiserstrasse Nr. 82 a Ecke Lammstrasse.

zürischen und politischen „Nachwüchse“ hatte sich erfüllt. Die Enttäuschung war furchtbar. Der Zusammenbruch kam, ein verschwindend kleiner Teil der Bevölkerung machte die Revolution, die übergroße Mehrzahl stand untätig beiseite. Die Revolution war nichts anderes als die Verurteilung des Systems, das vorher in Deutschland regierte. Auch das deutsche Bürgertum ist an dem Verfall beteiligt, sonst hätte es nicht gleichgültig beiseite stehen dürfen. Auch diese Wahrheit wird von der Reichsregierung unterschlagen. Der gleiche Schwindel wird mit den neuen Steuern verübt: man unterschlägt das Sinken des Geldwertes auf den zehnten Teil, um die heutige Steuerbelastung als unerhöht hoch hinstellen zu können. Man spricht auch nicht von dem Rückgang des Konsums, der Industrie, des Handels; an all dem soll bloß die Revolution schuld sein. Der verlorene Krieg, die Kriegsverlängerung ins Uferlose, all das soll in Vergessenheit geraten.

Die Landwirtschaftskammern. Die badiischen Landwirtschaftlichen Organisationen werden, wie wir schon berichtet haben, eine einheitliche Liste zur Landwirtschaftskammerwahl für die Arbeitgeber aufstellen. Der Badische Bauernverein wird dabei 15 Mandate, der Genossenschaftsverband badischer Landwirtschaftlicher Vereinigungen 10 Mandate, der Badische Landbund 6 Mandate und der Landwirtschaftliche Verein fünf Mandate erhalten.

Gemeindepolitik

Badischer Städteverband

Na. In der Vorstandssitzung vom 23. d. M. in Bruchsal wurde unter anderem die Frage der Organisation der Ortspolizei eingehend erörtert. Die Verwaltung der Ortspolizei ist nach dem Entwurf der neuen Gemeindeordnung Gemeindegangelegenheit. Bei der Finanzierung der Gemeinden sind diese aber nicht in der Lage, die Gesamtkosten für die Ortspolizei zu tragen. Es soll daher beantragt werden, daß der Hauptteil der Kosten vom Lande den Gemeinden erstattet wird. — Der Errichtung einer Baupreiszentrale (Preisprüfungsstelle) für die Gemeinden wird nicht zugestimmt, einmal wegen der Kosten, und ferner, weil der Vorstand glaubt, daß der angestrebte Zweck auch ohne diese Einrichtung erreicht werden kann. Ein Bedürfnis für diese Neugründung wird daher nicht anerkannt. — Zu dem Entwurf eines Ertragssteuergesetzes kann nicht endgültig Stellung genommen werden, da der Entwurf erst kürzlich dem Städteverband zugegangen ist und sich die Wirkungen der Bestimmungen nicht übersehen lassen. Sowie kann aber jetzt schon gesagt werden, daß der Entwurf als geeignete Grundlage für eine endgültige Regelung nicht anerkannt werden kann. Es soll verlangt werden, das Abgeseh vom Jahre 1920 einstufig zu verlängern, aber ohne Beschränkung der Gemeinden auf einen bestimmten Höchstmaß der Umlage. Eine Umlagerung des Aufschlagsgesetzes ist notwendig, dahingehend, daß die Erträge aus dem Umlag der Zweigniederlassungen industrieller Unternehmungen derjenigen Gemeinde zuzurechnen, in der die Zweigniederlassung liegt. Bisher fließt der Gesamtbeitrag des Hauptortes des Unternehmens zu. — Der dem Reichsrat vorliegende Gesetzesentwurf über die Erhöhung der Getränkesteuern muß dahin abgeändert werden, daß den Gemeinden ein erheblicher Ersatz für den Ausfall, den die Gemeinden durch die Novelle zum Reichseinkommensteuergesetz erleiden. — Dem Entwurf eines Landesgesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung wird vorbehaltlich einiger Änderungen im allgemeinen zugestimmt. Für die wegen Durchführung des Gesetzes notwendig werdenden Verhandlungen mit der Regierung wird ein Unterkomitee gebildet. — Wegen der beabsichtigten Änderung der Gerichtsbezirke werden Bedenken nicht erhoben. — Die Armenrenten sollen durch das Land durch gestaffelte Zuschläge zu den Friedensrenten wesentlich erhöht werden, da die einheitliche Regelung durch das Reich wohl noch längere Zeit auf sich warten lassen wird, die Gemeinden aber die nach der jetzigen Regelung entstehenden Ausfälle nicht länger zu tragen vermögen. — Den Städten wird empfohlen, der Reichszentrale für Deutsche Verkehrsverbände Beiträge zu gewähren, da die ausreichende Vertretung der Städte im Verwaltungsrat der Zentrale gesichert erscheint. — Die Einführung des „Referendums“ in Gemeindeangelegenheiten hält der Vorstand im Hinblick auf die Beibehaltung der großen Bürgerausschüsse nicht für notwendig. Er hält auch grundsätzlich die Einführung nicht für richtig. (1) (Es wäre doch interessant, wenn die Herren Oberbürgermeister und Bürgermeister ihren sehr merkwürdigen ablehnenden Standpunkt näher begründen würden. Vielleicht veranlassen die Bürgerausschüsse die Herren dazu. Die Red.)

Meer. Karl Hof er ist nicht sonderlich stark vertreten. Schön und ruhig sind die beiden Landschaften von Sieck. Unter den Klaffern dieses Saales fällt der feine Denkerkopf Ernst Friedes von Rauber Mannheim auf. Ferner zwei Klaffern von Schreder, deren Haltung von barocker Beweglichkeit ist; bei Gilmann wird diese Neigung zum Barock leider zu unruhiger Verzerrung. Es sei hier bemerkt, daß auf Anregung des Künstlerverbandes Badischer Bildhauer die Bildhauer für die Kunstausstellung in diesem Jahre selbständige Jurys hatten, daher von den Malern unbeführt die Auswahl der plastischen Werke treffen konnten. Es ist dies unseres Wissens eine Einrichtung, die bisher auf keiner deutschen Kunstausstellung existierte. — Stark ist Gobel vertreten, mit Delibieren, Aquarellen und Zeichnungen. Ueberall beweist er sich als starker Köhner, wohl als den bedeutendsten Landschaftler, der aus der Trübnerschen Ueberlieferung hervorgegangen ist und sich weiter zu sich entwickelt hat. Die „Staffelseele“ von Caspar Fißler hat mir einen starken Eindruck gegeben; hier ist Bewegung und Licht. Im allgemeinen ist das Bildnis am unwesentlichsten vertreten. Vielleicht kommt das daher, weil man da am meisten können muß. Als stark und eindringlich bleibe mir nur das Selbstbildnis von Köhler, dessen kräftige Fingelführung auffällt. Schindler hat ein Bild der Arbeit gegeben: „Steiniger Grund“, eines der besten Bilder, die da sind; straff in Linie und Farbe, gebaut und geschaut. Dann wäre noch das „Viduespaar“ von Brach zu erwähnen, unter den expressionistischen das einzige, das wirklich „Ausdruck“ hat. Gut ist auch der „Kranzstus im Gebet“ von Siegrist, dessen Komposition in ihrer zusammenstürzenden Effektivität zum mindesten ein guter Einfall ist. Unter den Klaffern erwähne ich neben den schon oben genannten eine „Susanna“ von Schließer, sehr schön im Gefühl der Linie, nur der Regenerkopf wirkt falsch; Gelb: „Ruhende Frauengestalt“, den raffinierten perberien „Kopf“ von Scheibe; den steilen, magerten „Jüngling“ von Albi; eine „weibliche Statue“ von Feißt wäre auch noch zu erwähnen.

Es ist natürlich noch viel Gleichwertiges und vielleicht auch noch manches Wertvollere da; ein Teil der ausstellenden Künstler sind indessen längst schon abgeempelt und haben ihren Namen und Wertung. Durch die Ausstellung als Ganzes geht ein Miß: die Kunst zwischen alter und neuer Kunst. Es wäre sonderbar, wenn diese Kunst, die ja unsere ganze moderne Kultur beherrscht, nicht vorhanden wäre. Insofern gibt auch diese Ausstellung ein Bild unserer Zeit — eine Zeit des Uebergangs, nicht der Vollendung und Reife. Gaebler.



Der... A. Ma... Intergr... 87, 7... B. Ma... Intergr... 72, Grö... Beingart... desab... je... Fußba... Grünwe...

Das I... Mannsch... Frankfurt... K. B... deren Pl...

Arbeits

Am E... dentliche... Refarou... Öffnung... Bohe un... Unter Pu... gegen den... Sportver... des Kreis... wegung a... Die Zahl... des Vorja... wurde leb... Parteieig... gewaltig... Punkt... nars K... Ball, sonie... Verbänden... Bei Punkt... über das... Sedann h... richterwe...

2. M... Dichter... Wirtschaft...

Beir... melfahrts... den, da... jachmann... gchis zum... wir; von... minzad... Abfahrt...

Infer... kaum, al... machten, ... 280 M b... der Erhö... verträgen... Aufbrin... erhöhung... mehreren... des Haus... sibirigen... len, noch... der Fal... Kinder un... stehende... kann. D... auch einm... steht auf...

Am 9... -Auerhäh... räte und... Ausnahm... gängen V... Verfahren... nung von... Raffinerie... Nachb... hatte, nach... 1. Punkt... reichen W... In leich... aus den... reichen P... Verbande... ständlich... lang. Di... Stück und... Geschäft... Konjunkt... Retributen... 10 Fig... durchgef... Tarifvertr... nommen... dies insb...

Jugend * Wandern * Spiel * Sport

Der Sport am gestrigen Sonntag Arbeiter-Turn- und Sportbund

Resultate im Fußballspiel der Gruppe Durlach

A-Mannschaften: Gröbigen 88 Punkte, Weingarten 70, Gröbigen 95, Untergrombach 94, Gröbigen 98, Durlach 84, Untergrombach 121, Weingarten 116, Untergrombach 89, Durlach 87, Weingarten 181, Durlach 109.
B-Mannschaften: Untergrombach 65 Punkte, Weingarten 89, Untergrombach 78, Durlach 46, Untergrombach 79, Gröbigen 72, Gröbigen 79, Durlach 68, Gröbigen 75, Weingarten 88, Weingarten 81, Durlach 60. Aue ist nicht erschienen verliert deshalb keine 2 Punkte.

Fußball, Aue I — Komb. B-Mannschaft Wolfartsweier, Grünwettersbach und Hofenwettersbach 7:1.

Weitere Sportveranstaltungen

Das Ringspiel R.F.V. — Weierheim endete für erstere Mannschaft mit 2:0 Toren. — Das Spiel König — Eintracht Frankfurt brachte König eine Niederlage von 1:3 Toren. R.F.V. spielte zur Klageeinweisung gegen Konordia auf deren Platz und gewann mit 5:1 Toren.

Kreisfußballtag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

Am Sonntag, den 24. April fand in Bruchsal der 1. Ordentliche Kreisfußballtag statt. Sporigen Straub-Radtour sprach bei Eröffnung der gut besuchten Tagung die Hoffnung aus, daß die Tagung nutzbringende Arbeit zum Wohle unserer freien Spiel- und Sportbewegung zeitigen möge. Unter Punkt 1 wurde eine **Protektionresolution** angenommen wegen des Beschlußes des Badischen Landtages bez. Spiel- und Sportverbot an hohen Feiertagen. Aus dem Geschäftsbericht des Kreisleiters war zu entnehmen, daß die freie Fußballbewegung auch in unserem Kreis sehr gute Fortschritte macht. Die Zahl der Fußballspiel betreibenden Vereine hat sich gegen das Vorjahr verdoppelt. In der Diskussion über diesen Punkt wurde lebhaft bedauert, daß noch so viel Gewerkschafts- und Parteigenossen in bürgerlichen Vereinen sind. Hier müsse noch gewaltige Aufklärungsarbeit geleistet werden.

Punkt 2 brachte ein vorzügliches Referat des Bundespräsidenten Koppich-Weipert über „Organisationsfragen im Fußball“, sowie über Gegenstände zwischen uns und den bürgerlichen Verbänden“. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Bei Punkt 3 wurde kurz über den Kreisturntag in Markt, über das Kreisturn- und Sportfest in Durlach und über die Bedeutung des Reichsarbeiterportages am 29. Mai berichtet. Sodann hielt Sportgenosse Straub ein Referat über „Schiedsrichterwesen“. Klar und deutlich legte er die Aufgaben der

Schiedsrichter sowie der Schiedsrichtervereinigungen dar und erteilte lebhaften Beifall. Darauf wurde die Tagesordnung zum Bundestag in München am 10.—13. Mai durchgeprochen und Sporigen Straub als Delegierter gewählt. Beim nächsten Punkt wurden einige wichtige Anträge angenommen. Bei Punkt Neuwahl wurde Sporigen Straub wieder einstimmig per Affirmation als Kreisleiter gewählt. Das Spiel um die Süddeutsche Meisterschaft am 8. Mai in Karlsruhe zwischen Frankfurt (9. Kreis) und Aue (10. Kreis) wurde ebenfalls besprochen. Einige Anfragen wurden noch beantwortet und hierauf die Tagung vom Verhandlungsleiter um 6 Uhr geschlossen. Mit dem Wunsche, immer mitzuarbeiten an dem Ausbau unseres Arbeiterturn- und Sportbundes.

Die süddeutsche Meisterschaft im Fußball

9. Kreis (Frankfurt) — 10. Kreis (Karlsruhe-Aue) wird am Sonntag, 8. Mai, vormittags 11 Uhr, auf dem Turnplatz der Freien Turnerschaft Karlsruhe an der Linkenheimer Allee ausgetragen. Fußballfreunde, erscheint alle zu dem interessanten Spiel.

Kinder sollen turnen!

Viele Eltern halten ihre Kinder vom Turnen fern, weil sie glauben, die Anstrengung tue ihnen bei ihrer schwächlichen Körperkonstitution nicht gut, diese Ansicht ist total irrig. Bei schwächlichen Kindern muß zunächst die Ursache des Schwächezustandes festgestellt werden. Meist wird sich herausstellen, daß der Stoffwechselprozess nicht in Ordnung ist, so daß die aufgenommene Nahrung nicht genügend ausgenutzt wird. Infolge dieses Fehlers wird nicht genügend Blut gebildet und es tritt die sogenannte Blutarmut auf. In solchen Fällen ist körperliche Bewegung das beste Heilmittel, nur darf selbstverständlich keine Überanstrengung eintreten. Die Furcht vor der Überanstrengung

Reise- und Sporthaus
Edvard Müller
Waldstr. 45 Karlsruhe i. B. Telef. 2165
Beste und billigste Bezugsquelle
für sämtliche Sport-Geräte
Fußball — Leichtathletik — Turnen — Hockey —
Schwimmen — Rudern — Wandern — Handball
Tennis — Wintersport 2935

Aus der Stadt

Karlsruhe, 2. Mai

Geschichtskalender

2. Mai. 1471. Albrecht Dürer in Nürnberg. — 1806 f. Der Dichter Julius Sturm in Leipzig. — 1920. Internationaler Wirtschaftskongress in Frankfurt a. M.

Karlsruher Parteinachrichten

Bezirk Mittel- und Südbad. Der Ausflug am Himmelfahrtstag nach Forbach verspricht sehr interessant zu werden, da die Befestigung des elektrischen Kurzmerkes unter sachmännischer Führung stattfindet. Nach der Befestigung geht zum Naturfreundebau, wo das neue Stauwerk angelegt wird; von hier die Schwarzbadwasserfälle herunter nach Baumzang, wo eine kleine Erfrischung eingenommen werden kann. Abfahrt 5 Uhr Hauptbahnhof. Wanderrat ist mitzunehmen.

Wiederum eine Milchpreiserhöhung

Unsere Hausfrauen waren am Samstag nicht wenig erstaunt, als ihnen die Milchhändler die betrübende Mitteilung machten, daß vom 1. Mai ab der Preis für ein Liter Vollmilch 2.80 M beträgt. Der Stadtrat begründet die Steigerung mit der Erhöhung des Erzeugerpreises für Milch aus Lieferungsverträgen und mit Rücksicht auf die Steigerung der sonstigen Aufbringungs- und Transportkosten der Milch. Diese Preis-erhöhung der Milch bedeutet für minderbemittelte Familien mit mehreren kleinen Kindern eine ganz bedeutende Mehrbelastung des Haushalts. Manche dieser Familien konnten schon zum bisherigen Preise ihr zureichendes Quantum Milch nicht bezahlen, noch viel weniger wird es jetzt nach der neuen Erhöhung der Fall sein. Am allermeisten haben natürlich die armen Kinder unter diesem Elend zu leiden, denn oft die ihnen zureichende Milch unter diesen Umständen nicht bezahret werden kann. Die immerwährende Milchverknappung muß denn doch auch einmal ein Ende haben, denn das Leben vieler Stadtkinder steht auf dem Spiel.

Fabrikarbeiterverband

Am Mittwoch, den 27. April, fand in der Restauration zum „Auerhahn“, eine außerordentliche Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute der Bahnhöfe statt. Mit Ausnahme einiger wenigen Betriebe waren die Kollegen aus dem ganzen Bezirke erschienen. Die Tagesordnung lautete: 1. Das Verfahren vor dem Schlichtungsausschuß aufgrund der Verordnung vom 23. Dez. 1918 und 12. Febr. 1920. 2. Geschäfts- und Kasienbericht und 3. Verschiedenes.

Nachdem Kollege Verisch die Erschienenen begrüßt hatte, nahm Kollege Aler vom Hauptvorstand das Wort zum 1. Punkte der Tagesordnung. In zweifelhafte Weise lehrreichen Vortrag behandelte der Referent dieses wichtige Gebiet. In leichter klarer Weise, unterstützt von Schiedsgerichtsurteilen aus den verschiedenen Gegenden Deutschlands und aus seiner reichen Praxis als Betriebsratssekretär des Fabrikarbeiterverbandes verstand er es, jedem Anwesenden die Materie verständlich zu machen, was ihm auch zur Zufriedenheit aller gelang. Dieser Vortrag erscheint in Prospektform zu 1 M das Stück und kann den Funktionären nur empfohlen werden. Der Geschäftsbericht zeigte, daß im 1. Quartal trotz der ungünstigen Konjunktur wieder für 700 Arbeiter und Arbeiterinnen in 18 Betrieben eine Lohnenerhöhung für männliche von durchschnittlich 10 Pfg. und für weibliche Kollegen von 25 Pfg. pro Stunde durchgesetzt werden konnte. Von einer Kündigung verschiedener Tarifverträge zum Schlusse des Quartals mußte Abstand genommen werden aus Rücksicht auf die derzeitige Lage und gilt dies insbesondere für unser Verwaltungsgelände. Besonders zu

beachten ist die steigende Frequenz der Verhandlungen vor den Schiedsgerichten. Dies macht die Kollegen, daß sie mit aller Energie das Betriebsratsgesetz studieren müssen, ebenso aber auch die abgeklärten Tarifverträge. Dadurch können viele Streitigkeiten durch persönliche Verhandlungen beigelegt werden. Ein besonders krasser Fall in Karlsruhe (Häberei Feinh) muß den Kollegen zeigen, daß der Arbeitgeberverband mit allen Mitteln versucht, das Betriebsratsgesetz zu seinen Zwecken auszunutzen und daß die Kollegen bei ähnlichen Fällen diesen Kampf unbedingt durchsetzen müssen. Versammlungen waren 68, Sitzungen 26, Verhandlungen 22, Schiedsgerichtssitzungen 8 und Verhandlungen vor dem Demobilisierungskommissar 2 notwendig, um die Interessen der Kollegen zu wahren.

Aus dem Kasienbericht, den Kollege Karle erstattete, war zu entnehmen, daß, wenn die Kollegen und Kolleginnen aus den Kleinbetrieben restlos im Markenlauf ihre Pflicht erfüllen hätten, vor dieses Quartal mit 13 Marken hätten abrechnen können, so beträgt der Markenverkauf 12.5. Der Mitgliederstand weist gegen das vorige Quartal einen Rückgang von 188 auf. Dies ist auf die Stilllegung einiger Abteilungen der Groß- und Kleinindustrie zurückzuführen. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse bilanzieren mit 102 457.20, die der Nebenkasse mit 71 158.42 M. Das Vermögen der Nebenkasse beträgt 44 738.81 M. Kollege Karle erfuhr die Betriebsräte, systematisch Widerkontrolle vorzunehmen, da es immer noch vorkommt, daß Unterhaltungsgegenstände statutarisch nicht mehr dem Verbandsangehören. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlassung erteilt.

Der Vorliegende Kollege Verisch konnte sodann die anregend verlaufene Versammlung mit dem Wunsche schließen, daß die Funktionäre des Verbandes das Gebotete verwirklichen, darauf weiter bauen, sich schulen und bilden, um im Befreiungskampfe des Proletariats seinen Mann zu stellen. Die Aufgaben der Vertrauensleute der Arbeiterchaft ist nicht nur das Materielle allein, sondern auch das Ideelle, nur so können wir den Endkampf zwischen Kapital und Arbeit siegreich bestehen.

Die Verlängerungsfrist der Einkommensteuererklärung.

Amlich wird mitgeteilt, daß die Frist für die Einreichung der Einkommensteuererklärung allgemein bis zum 15. Mai verlängert worden ist.

so. Sowjetrußland und wir. In einem von der Liga zum Schutze der deutschen Kultur veranstalteten Vortragabend im kleinen Festhallensaal sprach am Freitag abend der sozialrevolutionäre Professor Schlarb, Rektor der Technischen Hochschule in Petersburg, über die Entwicklung der russischen Zustände seit dem Sturze des zaristischen Systems bis in unsere Tage. Der Redner bezeichnete es als furchtbare Tragik eines großen Volkes, das Jahrhunderte lang in den Fesseln des Zarenismus blutete, in unerhörten Umwälzungen sich frei macht und unfreier denn je ist. Lenin, der Ideologe, hatte, ehe er nach Rußland kam, um dort die Weltrevolution zu propagieren, 17 Jahre im Ausland gelebt. Er hatte in dieser Zeit ein theoretisches System ausgebildet, aber der Zusammenhang mit dem russischen Volke war ihm verloren gegangen. Nur zu bald mußte er einsehen, daß er sich getrrt hatte. Arbeiter- und Betriebsräte wurden wieder abgeschafft und an ihre Stelle ein Diktator mit unbeschränktem Vollmachten gesetzt. Die Industrie wurde militarisiert. Aber auch die Arbeiter waren enttäuscht, hatten sie doch etwas ganz anderes erwartet. Sie übten, weil ihnen keine andere Möglichkeit blieb, passive Resistenz. Industrie und Handel gingen zu Grunde und überall griffte das Gespenst des Hungers. Auch mit den Bauern, die 90 Prozent des russischen Volkes ausmachen, hatte es Lenin verborben, durch den Gehirnen der Sozialisierung des Eigentums. Um weitere Katastrophen zu verhindern, sah man sich schließlich gezwungen, ausländischen Kapitalisten wertvolle Privilegien einzuräumen, um sie für den Wiederaufbau des Landes zu interessieren. Aber man lasse sich nicht täuschen, das Ziel — die Weltrevolution — nicht aus den Augen lassen. Kein Land habe je so gelitten wie Rußland. Morg. Erregungen und vor allen Dingen der

ung ist aber vielfach sehr übertrieben, der schwächliche Körper ist dazu eigentlich gar nicht so befähigt wie der kräftige. Beim Turnen handelt es sich durchweg um freiwillig geleistete Arbeit, niemand ist gezwungen, sich mehr anzustrengen, als seinen Kräften und seinem Wohlbefinden entspricht. Das schwächliche Kind fühlt die Grenze seiner Leistungsfähigkeit oft schon viel früher, als sie tatsächlich eingetreten ist und gibt dem Schwächegefühl meist zu zeitig nach, so daß der Vorturner eher aufmuntern als abrateln muß. Wenn bei einem Kinde das Herz gesund ist, das heißt, wenn es keinen Funktionsfehler hat, dann ist die Gefahr einer Überanstrengung weit entfernt. Eine tüchtige Durcharbeitung des Körpers wirkt bei solchen Kindern oft Wunder, sie blühen aufsehends auf, ein Zeichen, daß die aufgenommene Nahrung besser verarbeitet wird.

Darum sollten die Eltern ihre schwächlichen Kinder gerade zum Turnen schicken, sie dürften bei genauer Beobachtung nach kurzer Zeit den wohlthätigen Einfluß bald deutlich feststellen können.

Krach im süddeutschen Fußballverband

Zu einer Sensation gestaltete sich die außerordentliche Vertreterversammlung des Süddeutschen Fußballverbandes in Ulm, bei welcher 366 Vereine mit 8857 Stimmen vertreten waren. Nachdem ein Antrag auf Wiedervereinigung mit den Vereinen des besetzten Gebietes mit überwältigender Mehrheit angenommen worden war, entfiel ein anderer Antrag, der die Liga-Klasse in zwei Abteilungen trennen wollte, eine lebhaft ausgesprochene. Gegen die Stimmen der Ligavereine wurde er schließlich doch angenommen. Darauf folgten die Vereine der Liga-Klasse eine Resolution, daß sie mit der Annahme dieses Antrages nicht einverstanden wären und bei Innehaltung des Beschlusses die Teilnahme an den weiteren Verbandsspielen ablehnten. Der Vorstand bemühte sich vergebens, ein Kompromiß zwischen den Parteien zu schaffen, die Ligavereine beharrten auf ihrem Standpunkt, so daß schließlich nichts anderes übrig blieb, als die Versammlung aufzulösen. Die weiteren Anträge auf Neuorganisation des Verbandes waren durch das Verhalten der Ligavereine hinfällig geworden.

Fußballspiel. Am Mittwoch abend spielt Aue I (neue Aufstellung) gegen Karlsruhe I in Aue.

Hauptversammlung des Zweigvereines Baden für Deutsche Jugendberbergen. Am 7. und 8. Mai findet in Gengenbach die Hauptversammlung des Zweigvereines Baden für deutsche Jugendberbergen statt. Für Samstag, 7. Mai, steht die Tagesordnung eine Sitzung des Verwaltungsausschusses, sowie einen Werbe-Vortrag vor, während am Sonntag die eigentliche Hauptversammlung stattfindet. Zu der Tagung hat Jedermann Zutritt. — Die Geschäftsstelle befindet sich in Freiburg i. Br., Meißstr. 20.

Sunger bezimieren das Volk in erschreckender Weise. Rußland hungert, es stirbt am Hunger. Die Preise sind dort wahnsinnig hoch, so kostet ein Angus in Moskau 30 000—40 000 Rubel, ein Pfund Butter 3500 Rubel, ein Paar Stiefel bis zu 15 000 Rubel ufm. Wenn auch die Führer Lenin, Trotski u. a. ein einfaches Leben führen, so sind doch der Korruption Tür und Tor geöffnet. — Redner richtet zum Schluß noch ernste Warnungen an das deutsche Volk. Die von hohen sittlichen Idealen getragenen Ausführungen des Redners wurden von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen.

— Ermittelter Diebstahlsverdacht. Man schreibt uns: Viele Klagen hört man über Diebstähle auf dem hiesigen Hauptfriedhof. Vorwürfe gegen die Verwaltung und dessen Personal sind an der Tagesordnung. Selten gelingt es, einen dieser Marder zu erwischen, die die Gräber mit ihrer schosfen Tätigkeit heimsuchen. Doch gelang es jetzt, eines dieser Exemplare in der Gestalt des Sohnes des Friedhofgärtnermeisters A. r zu ermitteln, der nicht weniger wie 40 Holzkreuze und ein Grahngeländer verschwinden lassen wollte. Wir verlangen unbedingte Untersuchung dieses Falles. Wir verlangen aber auch für die Zukunft, daß alle Diebstähle und Beschädigungen ohne Ansehen der Person verfolgt werden. Ferner wird eine gründliche Kontrolle der ausfahrenden Wagen und schärfere Maßnahmen gegen solche Elemente gefordert, die durch unwürdige Handlungen Gräber schänden.

[] In den Rubensland. Der Vorleiter des Postamts 1 (Kassierer, 217), Herr Postdirektor Demoll, tritt, wie man uns schreibt, am 1. Mai freiwillig in den Ruhestand. Mit ihm scheidet nach 14jähriger, ehrenvoll zugebrachter Postdienstzeit ein hervorragender tüchtiger Fachmann der Stephanischen Schule aus dem Amte, der sich um den Ausbau des Postwesens in hiesiger Stadt große Verdienste erworben hat. Postdirektor Johann Demoll, geboren 1854 in Oberesfeldenz, wandte sich nach Absolvierung des Gymnasiums in Mannheim zunächst der Kameralwissenschaft zu, trat aber dann zur höheren Postaufsicht über. 1895 wurde er mit der Vorsteherstelle des hiesigen Postamts 2 (Hauptbahnhof) und 1900 mit derjenigen des Hauptpostamts betraut, aus der er jetzt scheidet. Herr Demoll hat sich sowohl durch seine Diensttätigkeit, durch seine sonstigen, vortrefflichen persönlichen Eigenschaften, wie auch durch sein offenes, entgegenkommendes Wesen und seinen Gerechtigkeitsstimm bei der Beamtenwelt als auch in weitesten Kreisen des Publikums großer Hochachtung und Beliebtheit erfreut.

Strauß-Konzert. Heute Montag, 2. Mai, abends 1/8 Uhr, findet im großen Festhallensaal das Dirigentengastspiel des ehemaligen Hofballmusikdirektors Johann Strauß aus Wien hier statt. Es sind noch Karten in allen Preisklassen in der Musikalienhandlung Kurt Neufeldt, Waldstraße 89, sowie auch ab 7 Uhr am Eingang der Festhalle zu haben.

Landesheute. Als nächste komische Oper gelangt Adams „Postillon von Lonjumeau“ am Dienstag, 3. Mai, zur Aufführung. Die Partie des Hpon ist erstmalig mit Alfred Glat besetzt. Die Mabeleine singt wie in früheren Jahren Marie von Ernst, den Postillon Franz Schwerdt und den Marquis Hans Buffard. Die musikalische Leitung hat Georg Hofmann, die Regie Hans Lange inne. — In übrigen ist die Oper von den Vorbereitungen der Neuheit „Die tote Stadt“ von Kornfeld beschäftigt. Das Werk ist eine der interessantesten Neuerscheinungen der Oper und stellt außerordentliche Anforderungen an die Mitwirkenden.

Spurlos verschunden
sind alle Hautunreinigkeiten u. Hautausschläge, wie Mitosen, Finnen, Pusteln usw. durch täglichen Gebrauch der allein wirksamen
Stecherpfend-Teerschwefel-Seife
die best. Lillomilchseife v. Bergmann & Co., Radburn

Der Maitag in Karlsruhe

Wir zweifeln nicht daran, obgleich erst wenige Meldungen aus dem Lande und dem Reich über die Maifeiern vorliegen, daß auch in diesem Jahre der Feiertag der Maifeiern nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt unter riesiger, gewaltiger Teilnahme des arbeitenden Volkes begangen worden ist. Der Tag ist nicht mehr aus der Welt zu schaffen! Ob Not oder Glend, Unterdrückung und Knechtschaft, ob aber auch Glück und Freude, Siege und Erfolge der Arbeiterschaft besichert sein mögen: Sie wird den Tag begehen trotzdem; in der Not als Tag der Hoffnung, der Sehnsucht, im Siege als Tag des Jubels und des Festes. Jetzt feiern wir noch den Tag als Fest der Hoffnung, das Ziel ist noch nicht erreicht, noch steht das Proletariat im Kampfe. Die Freude mit dem schon Erreichten nicht sich mit der Entschlossenheit, das noch Ersehnte zu gewinnen. Daß das Endziel erreicht wird, dessen ist die Arbeiterschaft der ganzen Welt gewiß. Diese Gewißheit hatten schon unsere Väter, als sie vor 32 Jahren den Maientag als Festtag der Arbeit einsetzten. Trotz heftigster Gegnerschaft der Bourgeoisie, trotz Verfolgung, Verpöschung und Verhöhnung wurde der Tag alljährlich immer wieder gefeiert, nicht Spott und Hohn, Krieg und Militarismus, nicht auch Feinde und Sanktionen werden ihn mehr aus der Welt schaffen. Millionen und Abermillionen glauben an ihn, begrüßen ihn jubelnd und begehen ihn festlich. Der 1. Mai ist der Tag der zukünftigen Sehnsucht, des kommenden Glücks, ein Tag des Glaubens und der Hoffnung. Und deshalb ist er so tief, so fest verwurzelt in den Herzen der Arbeiterschaft.

Die Karlsruher Arbeiterschaft hat für ihr Maifest eine feste Form gefunden, deren Bestimmung als sehr glücklich bezeichnet werden muß. Der Vormittag gehört der freien Natur; der Mai ist der Monat des Wanderns, des Frohsinns, der Feierlichkeit, und wie an vielen Orten die Genossen den Tag mit einer Wanderung beginnen, so feierte die Karlsruher Arbeiterschaft ihre Fest in dem herrlichen

Stadtpark

dem schönen Flecken Erde, das geschaffen ist zu solch einem Feste. Zu Tausenden waren sie am Sonntag wieder herbeigeströmt, die Männer und Frauen, die alle das eine große und schöne verbindet: der Glaube an den Sozialismus. Wegen 13 000 Menschen hatten sich eingefunden, ergingen sich in den blühenden Gärten und Anlagen, erfreuten sich an den vielen, vielen Schönheiten der Natur und an den künstlerischen Darbietungen der Orchester und der Arbeitergesangsvereine. Im nördlichen Teile spielte die Kapelle des Musikvereins "Harmonie", die ein ausserordentliches Programm unter Herrn Rudolphs Leitung vortrug, während unsere Arbeiterlieder von der "Lafayette", dem "Vovaris" und der "Gleichheit" prächtige Chöre erklingen ließen, und im südlichen Teile, am Schwanden, gab der Musikverein Karlsruhe ein Konzert unter Mitwirkung der "Phonographia", "Volkssänger" und der Maschinenbauer, die ebenfalls ganz Vorzügliches boten. Um 11 Uhr hielten der Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Karlsruhe, Gen. Schulenburg und Stadtrat Jung, Vertreter der Arbeiterschaft darlegten, die Bedeutung des 1. Mai schärferten; mit einem Hoch auf die internationale Arbeitersolidarität, auf den internationalen Sozialismus und auf den 1. Mai schloffen die Redner ihre mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Reden. Wenn auch der Morgen kein richtiges Maiwetter gebracht hatte, es war ziemlich rau und windig, die Sonne brach nur selten durch die Wolken, so tat dies der Festfreude keinen Abbruch. — Die Arbeiterjugend, die an diesem 1. Mai in ganz Deutschland noch besonders für ihre Forderungen demonstrierte, erschien mit Fahne in geschlossenem Zuge.

Abends von dieser Arbeiterveranstaltung befüllten sich mit ihrer "Maifeier" die Kommunisten. Durch Handzettel, auf denen aber vorsichtigerweise die Firma entfernt war, hatten sie am Samstag in den Betrieben zu einer Versammlung auf dem Marktplatz eingeladen. Hier hatten sich denn auch einige Jünglinge nebst Anhang und etliche Neugierige eingefunden, die sich an dem Unfug ergötzen, den die Gesellschaft verübte. Sie taten recht daran, diese kommunistischen Herrschaften, daß sie aus dem Stadtpark wegblieben. Denn die sozialistische Arbeiterschaft will mit diesen Leuten nichts zu tun haben, sie sind Verdröcker an der deutschen Arbeiterbewegung, schäme sie die Gelben. Der Maigedanke ist zu erhaben und zu groß, als daß er durch den Unfug und die Verdröckheiten der Kommunisten irgendwie getrübt werden könnte.

Am Abend um 6 Uhr fand die eigentliche Maifeier der Karlsruher Arbeiterschaft im großen Saale der städtischen Festhalle

statt. Auch hierzu war der Zubrang ein ganz gewaltiger. Schon

um 4 Uhr begann die Zuwanderung, um 1/2 6 Uhr war schon kaum mehr ein Plätzchen zu haben. Das Festprogramm, das geboten wurde, war außerordentlich reichhaltig und abwechslungsreich. Der Festgesang "Kehrt den Tag" mit Orchesterbegleitung, gesungen von dem Gesangschor der Arbeiter-Sängerstiftung Karlsruhe unter Konzertmeisters Billy Giffers Leitung, energischer Leitung bildete einen wichtigen padenden Auftakt. In dunter Reihe folgten Gesangsbeiträge unserer Opern-Solisten Frau von Ernst und Franz Schwerdt, Deklamationen unserer Genossin Margarethe Pix vom Landestheater, schöne Chöre des Arbeiter-Frauenchores des Gemischten Chores "Bruderbund" und Vertriebenenchor Eisa-Lothringer und dazwischen prächtige Kunsttruppen des Arbeiteradler-Vereins "Solidarität", Pyramiden, Freiübungen und Marmorgruppen der "Freien Turner" und als Schlußstein des Ganges der mächtige Marsch- und Freiheitschor "Ich warte dein" der gesamten Arbeiter-Sänger, ein Programm, das hohen künstlerische Werte vermittelte, das auch zeigte, auf welcher Höhe der Leistungsfähigkeit unsere Arbeitergesang- und Arbeiterchorvereine stehen. In der Mitte dieses schönen Programms stand die

Rede des Arbeitsministers Dr. A. Engler

der etwa folgendes ausführte: Seit Einführung der Maifeier demonstrieren an diesem Tag die klagenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder für die Ziele der Sozialdemokratie. Drei Hauptpunkte wurden immer in den Vordergrund gestellt. Der Achtstundentag, Weltfrieden und internationale Arbeiterverbände. Die Forderung der achtstündigen Arbeitszeit ist für uns nicht nur eine materielle Forderung nach Regelung der Arbeitszeit, sondern auch eine ideale Kulturforderung ersten Ranges. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit soll, vor allem für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Zeit gewonnen werden, um neben der beruflichen Ausbildung auch die geistige zu pflegen; wir wollen Zeit gewinnen, für die Teilnahme an den edlen schönen Genüssen, die uns Kunst und Wissenschaft bieten, Zeit gewinnen für Spiel und Sport, für Erholung in der schönen freien Natur, dort wo Körper und Geist sich immer wieder aufs neue erholen und stärken können. Wir wollen Zeit gewinnen für hausbürgerliche Ausbildung und für die Tätigkeit im öffentlichen Leben und auch für die Tätigkeit in unsern Organisationen. Der Familienvater und die im Erwerbsleben stehende Frau sollen Zeit gewinnen, um sich ihrer Familie und der Kindererziehung widmen zu können. Der Achtstundentag ist auch notwendig im Interesse der Volksgesundheit. Der Achtstundentag ist neben der demokratisch-republikanischen Staatsform die wichtigste Errungenschaft der Revolution. Der Vorstoß, der kürzlich im badischen Landtag von bürgerlicher Seite gegen den Achtstundentag unternommen wurde, zeigt uns, daß wir jederzeit bereit sein müssen, diese Errungenschaft zu verteidigen.

Wenn wir beim Achtstundentag von einer Errungenschaft sprechen können, so können wir das beim Weltfrieden leider nicht sagen. Noch wird die Welt vom Militarismus und brutaler Gewalt beherrscht. Sehr wahrscheinlich werden in den nächsten Tagen dem deutschen Volk unter dem Druck brutaler militärischer Gewalt ungeheure Opfer auferlegt. Die herrschenden Klassen der sogenannten Kulturländer haben aus den Interessen des Weltfriedens nicht gelernt, sonst würden sie einsehen, daß die Gewaltpolitik zum Untergang führt. Die auf Gewaltanwendung und Unterdrückung aufgebauten Staatswesen, Rußland und Österreich-Ungarn sind zusammengebrochen, ebenso zusammengebrochen ist das desorganisierte Gewaltinstrument, der deutsche Militarismus.

Unsere Kriegsgegner haben vergessen, daß sie den militärischen Sieg nur dem Umstand zu verdanken haben, daß ihre Völker und die neutrale Welt in den Klauen verhaftet wurden, sie führten den Kampf gegen den Militarismus. Der offene Liebergang zur Gewaltpolitik wird sich an ihren Völkern berechnen ebenso bitter rächen, wie sich diese Politik an uns gerächt hat. Eine Wendung zum Guten kann nur durch ein Erstarben der Sozialdemokratie in allen Ländern erreicht werden. Nicht die Kommunisten und Bolschewiken können das gesteckte Ziel erreichen, weil sie ebenso wie die Militaristen einem verdröcklichen Glauben an die Gewalt huldigen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist es gewiß schwer, den Glauben an die Siegfähigkeit der Idee des Rechts und des Weltfriedens aufrecht zu erhalten, wir aber wollen in aller Not und Wehrlosigkeit diesen Glauben aufrecht erhalten, wir wollen dafür zu den größten Opfern bereit sein und diesen Glauben ausbreiten auf das ganze arbeitende Volk und übertragen auf die Jugend, welche der Träger der Zukunft ist. Wenn das deutsche Proletariat eine von diesen Ideen getragene Politik treibt, wird das seine Wirkung auch auf die Proletarier anderer Länder ausüben und die durch den Krieg gefürte internationale Verbüderung wieder gemaltig fördern. Dann werden auch diejenigen Arbeiten, die durch den Krieg und seine Folgen irre wurden in ihrem Glauben an die Arbeiter-Internationale, wieder zu unserer Fahne zurückkehren und diejenigen, die die

hohe Bedeutung der internationalen Klassenolidarität noch nicht erkannt haben, werden immer zahlreicher zu uns stoßen. Das man neben dieser internationalen Klassenolidarität, doch gute nationale Politik treiben kann, hat die deutsche Sozialdemokratie bewiesen. Sie allein war stark genug, das deutsche Reich zusammenzuhalten gegenüber den Bestrebungen, die aus kapitalistischen Interessen die einzelnen Teile auseinander reißen wollten. Die deutsche Sozialdemokratie wird auch in Zukunft der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft die Treue halten. Wenn wir unsere ganze Kraft dafür einsetzen, um in Deutschland unsere Ziele zu verwirklichen, dann dienen wir nicht nur dem deutschen Volke, sondern allen Völkern und vor allem den körperlich und geistig Schaffenden.

Drei Kampfgebiete sind uns gegeben, die politische, die gewerkschaftliche und die genossenschaftliche Organisation. Auf allen Gebieten müssen wir unsere Pflicht erfüllen. Wenn wir heute aufs neue das Gebotnis treuer Pflichterfüllung ablegen und das Gebotnis halten, nur dann haben wir eine richtige und würdige Maifeier begangen, dann werden wir aber auch mit raschen Schritten dem Zeitpunkt eigenem, wo das Wort zur Wahrheit wird: Freiheit und Gleichheit für alle, was Menschenanständig trägt! — Der hübsche Beifall zeigte, daß Gen. Engler all den Hunderten Festbesuchern aus dem Herzen gesprochen.

Der Rest des Abends gehörte der Jugend, dem Tange. — Der Karlsruher Maitag zeigte die Karlsruher Arbeiterschaft wieder in ihrer alten Geschlossenheit und Einigkeit, er zeigte, daß die Arbeiterschaft, wenn sie geschlossen und einig ist, eine Macht ist, gegenüber der es keinen Widerstand gibt, die alles erreicht, was sie will. Abge bald der Maientag kommen, an dem das Ziel, für das wir heute noch kämpfen, errungen ist.

Wappur. Ein überfüllter Saal und ein gutes Programm gaben der gut verlaufenen Feier ein eigenes Gepräge. Alle Mitwirkenden boten ihr Bestes. Genossin Eise Kuder trug gut gewählte Dichtungen vor und Herr Konzertmeister Kunter von der "Harmonie" spielte meisterhaft auf der Geige unter zielbewusster Klavierbegleitung des Herrn Musiklehrers Walbas. Der Gesangsverein Arbeiter-Sänger unter Leitung des Herrn Walbas sang außer einigen Arbeiterliedern, wichtig vorzutragen, auch sein neulich in der Festhalle verunglücktes Abschiedslied; aber diesmal klarsichtig und sicher von Anfang bis zu Ende. Die freie Turnerschaft führte einen humorvollen Bauernreigen vor und baute Pyramiden ergötzt und mit guter Bildwirkung. Die Damenabteilung zeigte Freiübungen, die wie alle Darbietungen, lebhaften Beifall auslösten. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Rede des Gen. Höhn. Aufmerksam lauschten die zahlreichen Zuhörer seinen Ausführungen, die dahin ausklangen, daß erst die sozialistische Weltanschauung die reifste Erfüllung unserer Forderungen bringen kann, und daß jeder Proletarier die Pflicht hat, durch Eintritt in unsere Reihen dieses Ziel mit zu erlangen. Lebhafter Beifall lobte den Redner. Hoffentlich bleibt es nicht dabei und ziehen recht viele Arbeiter die Konsequenzen aus dem Gehörten. Eine Tanzunterhaltung schloß sich der gut verlaufenen Feier an.

Minutem. Die Maifeier nahm einen glänzenden Verlauf. Der gemüthliche "Schwanden" konnte die Erziehung nicht lassen, viele mühten wieder umkehren. Die Gesang- und Turnvereine, sowie die Theatergesellschaft "Einigkeit" legten schöne Proben ihres Könnens ab. Ein Prolog und ein Ziffernvortrag ergänzten diese Leistungen. Die Freude hieß Gen. Stadtrat Schwerdt, dessen Mahnworte zum Anstoß an unsere Partei und die Gewerkschaften auf guten Boden gefallen sein mögen. Allen Mitwirkenden sei herzlich gedankt.

Druckverteilung: Georg Schäfer. Verantwortlich: für Artikel, politische Überlicht und letzte Nachrichten Hermann Kabe; für Badische Politik, aus dem Lande, Gemeindepolitik, aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gewerkschaftliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Haarwaschen mindestens alle 14 Tage ist notwendig, wenn man sein Haar bis ins Alter hinein gesund erhalten will. Man muss aber unter den vielen Schampoos das Gute und Richtige herausfinden. Nicht umsonst verlangen die meisten immer wieder "Herzlichen-Schampoo", denn dieses seit 1903 millionenfach bewährte Mittel schäumt vorzüglich und macht das Haar schön, rein, voll und feinduftend. Herzlichen-Schampoo enthält allein den echten Panama-Aster, welcher den Haarboden desinfiziert und das Wachsen der Haare fördert. Das Päckchen kostet nur Mk. 1.-, und wenn Sie es einmal probieren, sehen Sie gleich, wie vortrefflich es ist. Aber lassen Sie sich nichts anderes geben wie Herzlichen-Schampoo mit dieser Schutzmarke.

Außerordentlich Billige Preise infolge günstiger Einkäufe Kleider, Mäntel, Kostüme, Kinderkleider und Mäntel in großer Auswahl Hugo Landauer KARLSRUHE, Kaiserstraße 145. Spezialhaus für Damen- u. Kinder-Konfektion.

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe. Die Auszahlung der Dividende erfolgt am Dienstag, den 3. Mai, vormittags von 7-12 1/2 Uhr und nachmittags von 1 1/2-4 Uhr, für die Nummern der neuen Kartenbücher von 1920-20 100 an unserer Kasse, Hauptstraße 28, gegen Vorlegung des neuen Karteibuches. — Es wird dringend gebeten, Wechselgeld mitzubringen. Den Fortbildungsunterricht betr. Die Eltern oder deren Stellvertreter, die Arbeits- und Lehrherren sind nach § 10 des Gesetzes vom 19. Juli 1918 verpflichtet, die unter ihrer Obhut oder in ihrem Dienst oder Brot stehenden fortbildungspflichtigen Knaben und Mädchen mündlich oder schriftlich beim Volksschulrektor zur Teilnahme an dem Fortbildungsschulunterricht anzumelden. In den zum Schulbesuch nötige freie Zeit zu gewähren, sie zum gewissenhaften und regelmäßigen Besuch anzuhalten und sie beim Verlassen des Aufstaltorts sofort abzumelden. Neu zugehende fortbildungspflichtige sind ebenfalls anzumelden. An- und Abmeldungen haben spätestens am vierten Tage nach dem Eintritt in das Dienst- oder Arbeitsverhältnis beziehungsweise dem Austritt aus demselben zu geschehen. Zuwiderhandlungen von Eltern oder deren Stellvertretern, sowie von Dienst- und Arbeitsgebern gegen die Vorschriften des § 10 werden mit Geld bis zu 20 Mk. und im Unvermögensfalle mit Haft bis zu drei Tagen bestraft. Karlsruhe, den 1. Mai 1921. Das Volksschulrektorat.

Gemeinnützige Baugenossenschaft E. G. m. b. H. Hagsfeld. Bilanz pr. 31. Dezember 1920. Aktiva: Kassenbestand 189,95, Bank-Konto 2.500, Beteiligung beim Baubund 500, Neubauten 313.685,95. Passiva: Geschäftsguthaben 28.050, Rücklagen 805, Hypotheken-Konto 145.395, Lieberentwärtungs-Konto 132.803,99, Spar-Konto 9.450, Gewinn 407,20. Mitgliederbewegung: Zahl der Mitglieder zu Beginn des Geschäftsjahres 1920: 154 mit 162 Anteilen, Neue Mitglieder sind im Geschäftsjahre eingetreten: 4 mit 7 Anteilen, zusammen 158 mit 169 Anteilen, Abgang an Mitgliedern während des Geschäftsjahres durch Kündigung und Ausschluss: 15 mit 15 Anteilen, Demnach an neuen Mitgliedern in das neue Geschäftsjahr 1921 übernommen: 143 mit 154 Anteilen. Hagsfeld, den 25. April 1921. Der Vorstand: Ges.: Jul. Gerhardt, Wilhelm Stoll.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

sehr tüchtige Modell-Schlösser. Zu sofortigen Antritt. Selbe müssen Metall- und Aluminium-Modelle für Gänge, Aluminium und Metall selbständig nach Zeichnung herstellen können. Offerte erbeten unter Anschluß Nr. 2712 an die Annoncen-Expedition M. Zules, Markt, A.-G., Wien I. 1. Volkz. Nr. 16. 1069*

Billige Moser selbstgran u. Arbeitshölzer, Bindfaden, Treibhölzer, Schlichtholz, Koffer und Metallarbeiten werden billig abgegeben. Maler, Klempner, Schlosser, Eisenarbeiten. Wanzil gegen Wanzen. Nichts anderes nehmen. In Apotheken u. Drogerien.

